

JUSOS THÜRINGEN

WIR WOLLEN MEHR. SOLIDARITÄT!

BESCHLÜSSE DER LANDESKONFERENZ 2011
BREITUNGEN, 08./09.10.2011

Bearbeitungsstand: 16.11.2011



INHALTSVERZEICHNIS

ARBEITSPROGRAMM

| | |
|--|---|
| A1 WIR WOLLEN MEHR. SOLIDARITÄT! | 3 |
|--|---|

SCHULE UND HOCHSCHULE

| | |
|---|----|
| B1 LEHR- UND LERNMITTELFREIHEIT TATSÄCHLICH GEWÄHRLEISTEN | 10 |
| B6 DAS LANDESHOCHSCHULGESETZ SOLL UM EINE ZIVILKLAUSEL ERGÄNZT WERDEN | 10 |
| B7 GUTE LEHRE? - GUTE ARBEIT! | 11 |

SOZIALES UND KAPITAL

| | |
|---|----|
| C1 GENERATION UNTER DRUCK – ÜBERGÄNGE IN DEN ARBEITSMARKT GESTALTEN | 12 |
| C3 KEINE KÜRZUNGEN BEI DEN HILFEBEDÜRFTIGEN! | 13 |

DEMOKRATIE UND GEMEINDE

| | |
|--|----|
| D1 WIR WOLLEN HIER REIN! MITBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN - BETEILIGUNG STÄRKEN | 15 |
| D5 POLIZEIGEWALT UNABHÄNGIG UNTERSUCHEN! | 16 |
| D7 REVOLUTION IN DER KOMMUNE – FORDERUNGEN DES KOMMUNALPOLITISCHEN KONGRESSSES | 17 |

NACHHALTIGKEIT

| | |
|---|----|
| E1 ENERGIEPOLITISCHES KONZEPT DER JUSOS THÜRINGEN | 18 |
| E2 DEZENTRAL, LOKAL UND SOZIAL – ENERGIEWENDE IN THÜRINGEN FORCIEREN! | 32 |
| E3 UNSERE VERANTWORTUNG FÜR KLIMAFLUCHT | 33 |
| E4 ANERKENNUNG DER ENERGIEPOLITISCHEN REALITÄT, HEISST JA ZUR ENERGIEWENDE UND AUCH JA ZUM NETZAUSBAU | 34 |

INTERNATIONALES

| | |
|--|----|
| F1 VOM ENDE DER GESCHICHTE ZUR ÜBERWINDUNG DES NATIONALSTAATES! | 35 |
| F3 DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE – EIN FAKTOR DES FRIEDENS UND DER STABILITÄT DER INTERNATIONALEN ABRÜSTUNG | 37 |
| F4 FÜR EINE KONSENSUALE LÖSUNG - GEGEN DIE EINSEITIGE AUSRUFUNG EINES PALÄSTINENSISCHEN STAATES | 41 |
| F5 INTERNATIONALE SOLIDARITÄT LEBEN – EINEN BEITRAG ZUM ITALIENISCHEN FRÜHLING LEISTEN | 42 |

GLEICHSTELLUNG

| | |
|---|----|
| G2 „PAPA-PASS“ FÜR WERDENDE VÄTER | 42 |
|---|----|

ORGANISATORISCHES

| | |
|---|----|
| H1 BEKENNTNIS ZUM HERRSCHAFTSFREIEN MITEINANDER | 42 |
| H2 EINFÜHRUNG EINES FRAUENPLENUMS | 43 |
| H5 LECKTUCHANTRAG – FÜR SICHEREN VERKEHR | 43 |
| I1 EUER BEITRAG IST NICHT UNSERE IDEE | 43 |

SATZUNGSÄNDERUNGEN

| | |
|--|----|
| S1 ÄNDERUNG § 1 RICHTLINIE (NAME UND SITZ) | 44 |
| S2 ÄNDERUNG § 6 RICHTLINIE (LANDESAUSSCHUSS) | 44 |
| S3 ÄNDERUNG § 10 RICHTLINIE (WAHLEN) | 44 |

ARBEITSPROGRAMM

A1 | WIR WOLLEN MEHR. SOLIDARITÄT!

Arbeitsprogramm der Jusos Thüringen 2012/2013

1. Nach der Krise ist vor der Krise – Von der Wirtschafts- zur Atomkrise!

Die Lage im Land ist angespannt. Die rot-grünen und schwarz-roten Regierungsjahre hatten entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung sozialer Sicherung. Der Umbau der Arbeitslosenversicherung und die Reformen im Gesundheitssystem beispielsweise bedeuteten eine Stärkung der Eigenverantwortung sowie die Verringerung öffentlicher Absicherung. Unter schwarz-gelb hat sich diese Situation weiter verschärft. Die Bundesregierung zeigt, wie der Neoliberalismus in seiner Reinform aussehen kann. Das grundlegende Paradigma des Aufstiegs durch Bildung und die Vorstellung von Bildungs- als Sozialpolitik wird indes nicht hinterfragt. Nach wie vor geht man davon aus, mit höheren Bildungsabschlüssen und einer höheren Weiterbildungsquote andere politische Probleme lösen zu können. Einen konsequenten Diskurs um notwendige Mehreinnahmen zur Finanzierung vermeiden indes alle politischen Parteien.

Statt Sozialpolitik steht Lobbyismus im Vordergrund. Mit einer solchen Politik können und werden wir uns nicht zufrieden stellen. Die Perspektive eindeutig: eine gerechte Gesellschaft, getragen vom Konsens der übergreifenden Solidarität. Mit den Debatten beispielsweise über die Einführung der Bürger_innenversicherung oder der Forderung nach der Entprekarisierung von Leiharbeit ist die SPD auf dem richtigen Weg. In den nächsten Jahren muss es aber auch darum gehen, ein erkennbares Projekt gegen den schwarz-gelben Mainstream zu definieren. Eine Neuordnung des Arbeitsmarktes, über Leiharbeit hinaus, oder die Sicherung der Bildungsstandards sind für uns hier wichtige Ansatzpunkte.

Dem gegenüber stehen Debatten um Entlastungen von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen. Mit der Losung „mehr Netto vom Brutto“ will man gesellschaftspolitische Probleme lösen und die Verantwortung für mehr Vorsorge in die Hände jeder_s Einzelnen legen. Dass die Chancen auf soziale Vorsorge in der Gesellschaft ungleich verteilt sind wird währenddessen ausgeblendet. Viel zu leicht ist es die Verantwortung und die Möglichkeiten des Einzelnen zu betonen, anstatt gesellschaftliche Rahmenbedingungen in Frage zu stellen. Gleichzeitig wird immer wieder die Bedeutung der Schuldenbremse betont. Nur mit dieser – so die mehrheitliche Einschätzung – können die Probleme des Staatshaushaltes gelöst werden. Ausgeblendet wird, dass eine damit verbundene niedrigere Investitionsquote, ebenfalls massive Auswirkungen auf Sozial- und Infrastrukturprojekte hat.

Diese Tendenzen spiegeln sich auch in der Debatte um die Regulierung internationaler Finanzmärkte und der europäischen Währungsunion wieder. Auch hier werden hohe Sozialleistungen sanktioniert. Günstigere Kredite, zur Absicherung ganzer Nationen, werden nur unter dem Vorbehalt gewährt, dass Staatsausgaben und damit öffentliche Investitionen massiv eingeschränkt werden.

Ein weiteres Ereignis hat die Welt im Jahr 2011 geprägt. Die Atomkatastrophe in Fukushima hat den Diskurs um den Ausstieg aus der Atomenergie wiederbelebt. Über Monate hat kaum ein Thema die Medien stärker beherrscht. Nicht nur, dass die Wirtschaftskrise damit beinahe völlig in den Hintergrund gerückt ist, viele Fragen wurden bislang nicht thematisiert. Wie eine soziale Energiewende aussehen kann ist nach wie vor unklar.

2. Wir sind demokratisch und sozialistisch!

Wir Jusos betrachten uns als sozialistischen Richtungsverband innerhalb der SPD. Wir sehen uns damit explizit als kritisches und linkes Korrektiv innerhalb der Partei. Sozialistisch zu sein bedeutet dabei für uns, dass wir das Individuum in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und eine bessere Gesellschaft nicht nur erdenken, sondern erreichen wollen! Die sozialdemokratische Partei ist für uns dabei der Motor, um eine Politik umzusetzen, die diesen Zielen gerecht wird.

Seit 2009 wird Deutschland von einer Regierungskoalition aus CDU und FDP regiert. Das einstige Wunschprojekt hat sich inzwischen zur Chaos-Koalition gemausert, welche von einem peinlichen

„Neubeginn“ zum nächsten schlittert. Die Forcierung einer chauvinistischen Europapolitik, die das deutsche Interesse zur Tugend erhebt und in regelmäßigen Intervallen aufflammende Streitigkeiten, beispielsweise über Steuersenkungen, sind dabei für uns die ersichtlichsten Symptome einer Regierung, die planlos agiert. Hier besteht für die Sozialdemokratie die Möglichkeit und die unbedingte Erfordernis, Konzepte anzubieten, die einen tatsächlich progressiven Politikwechsel ermöglichen. Bisher sehen wir dies noch nicht gewährleistet!

Gerade der Umstand, dass Deutschland die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 ohne größere Probleme überstanden zu haben scheint, mahnt uns zur Vorsicht. Fortschrittliche Reformen hat es nicht gegeben, ein „weiter so!“ ist für die regierenden Parteien das Gebot der Stunde. Das Tagesgeschäft der Politik scheint heute darin zu bestehen, an aktuell als krisenhaft wahrgenommenen Problemen zu arbeiten.

Wir Jusos wenden uns nachdrücklich gegen eine Politik, die Probleme ad hoc erkennen und mit Schnellschusskonzepten lösen möchte. Wir fühlen uns einer besseren Gesellschaft verpflichtet und erheben diesen Gedanken zur Grundmotivation eines jeden, von uns forcierten Politikprozesses. Wir definieren uns deshalb als antifaschistischen und feministischen Verband!

3. Mehr Mut zur linken Volkspartei – Wir sind die SPD!

Die Jusos sind die einzig organisierte Linke innerhalb der Thüringer SPD. Ein linkes Projekt beschreibt sich aus unserer Sicht nicht anhand von Koalitionsmehrheiten und Personalbesetzungen, sondern an inhaltlichen Positionen für mehr soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und einer progressiven Gesellschaftspolitik. Dafür werden wir weiterhin innerhalb der SPD streiten.

Egal ob auf kommunaler-, Landes- oder Bundesebene ist eine starke SPD nötig. Keine andere Partei ist in der Lage die gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen arm und reich zu lösen. Soziale Gerechtigkeit ist auch das zukünftige Markenzeichen und Alleinstellungsmerkmal der SPD. Die Partei „Die Linke“ als reines politisches Abgrenzungsprojekt oder die Grünen als bürgerliche Umweltpartei verkörpern weder ein linkes Projekt, welches gesellschaftliche Debatten führt, noch Mehrheiten für gesellschaftlichen Fortschritt organisiert. Die Geschichte und der Erfolg sozialdemokratischer Politik ist gekennzeichnet von schwierigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Diskussionen, bspw. in der Frage von Frauenrechten, und nicht von „copy and paste“ vermeintlich opportuner linker Positionen.

Als organisierte Linke wollen wir kritisch-konstruktiv die Arbeit der SPD begleiten und die SPD wieder zu einer starken linken Volkspartei machen, mit der die Menschen gesellschaftlichen Aufstieg und sozialen Fortschritt verbinden.

Die SPD hat in Thüringen in den ersten zwei Regierungsjahren wichtige Schritte für einen Politikwechsel im Land gemacht. Die treibende Kraft, für einen neuen Politikstil und ein für die Zukunft stark aufgestelltes Thüringen, ist die SPD. Viele von den Jusos unterstützte und forcierte Projekte, wie die Einführung längeren gemeinsamen Lernens, eine bessere Betreuung im vorschulischen Bereich, die Einführung eines Vergabegesetzes, die Begrenzung von Leiharbeit und die Einführung eines Landesprogramms gegen Rechts konnten durch Druck der SPD in einer schwarz-roten Regierung umgesetzt werden.

An unserer Seite agiert ein ideenloser aber umso lauterer Koalitionspartner. Ohne inhaltlichen Gestaltungsanspruch ist das einzige, das die CDU konsequent fordert die Haushaltskonsolidierung. Ohne politisches und inhaltliches Projekt, setzt sie lediglich auf die Absenkung der Verschuldung und verkauft dies unter dem Deckmantel der Generationengerechtigkeit. Unsere Projekte torpedieren sie immer wieder mit dem Argument einer soliden Haushaltspolitik. Dass es die CDU selbst war, die in den letzten 20 Jahren das Finanzministerium geführt hat, hinterfragt sie indes nicht.

Einer engagierten sozialdemokratischen Regierungspolitik steht ein sich im komatösen Zustand befindlicher SPD-Landesverband gegenüber. Die Erneuerung der Partei, die Auseinandersetzung mit der verheerenden Bundestagswahl/Niederlage 2009 und der damit verbundenen inhaltlichen Neuaufstellung fanden in den letzten zwei Jahren nicht statt. Für einen zukünftigen politischen Wahlerfolg in Thüringen, ob bei den 2013 stattfindenden Bundestagswahlen oder den danach folgenden Landtagswahlen ist dies aus unserer Sicht Voraussetzung, um ein glaubhaftes neues Profil zu erlangen.

4. Projekte

Projekt 1: Kommunales und Energie

Kommunen als Basis politischen Handelns und Ausgangspunkt demokratischer Entscheidungen in unserem politischen System spielen für uns Jusos eine zentrale Rolle. Die Anforderungen aber auch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik sind in den letzten Jahren schwieriger geworden. Konsolidierungswut öffentlicher Haushalte, steigende Ausgaben im sozialen Bereich, die Umsetzung der Energiewende, die demografische Entwicklung sind nur einige Herausforderungen der Zukunft.

Seit etwa drei Jahren ist ein Trend bundesweit aber eben auch in Thüringen zu beobachten. Als Renaissance der Städte beschrieben zeigt sich eine klare Wanderungsbewegung vom ländlichen Raum in die Mittel- und Oberzentren. Sichtbare Profiteure dieser Entwicklung sind Erfurt, Weimar und Jena. Grund dafür sind die unterschiedlichen sozialen und infrastrukturellen Voraussetzungen der Thüringer Regionen. Ziel muss ein Abbau dieser Divergenzen sein und eine Stärkung des gesamten ländlichen Raums. Gerade in diesem Hinblick ist eine kritische Begleitung und Positionierung mit der geplanten Funktional- und Gebietsreform unabdingbar für uns Jusos.

Schwerpunkte des Arbeitskreises werden in den kommenden zwei Jahren folgende Themen sein:

- Kommunen unter Druck – Finanzielle Handlungsspielräume sichern
- Im Land der Residenzen – Leitlinien einer Funktional- und Gebietsreform
- Potenziale nutzen – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- Energiewende: Dezentral ist sozial – Sozialrendite jetzt!

Projekt 2: Mittendrin statt nur dabei – Gesellschaftliche Partizipation stärken!

Begriffe wie Partizipation und Teilhabe sind zurzeit in aller Munde. Vom Erwerbslosen über Senioren bis zum Kind sollen beinahe alle gesellschaftlichen Gruppens stärker in gesellschaftliche Prozesse einbezogen werden. Demgegenüber stehen andauernde Diskurse über die steigende Politikverdrossenheit insbesondere jüngerer und sozial benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Unklar ist indes, wie eine stärkere Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden kann und wie genau solche Partizipationsprozesse aussehen sollen. Dabei unterscheiden sich die Bedürfnisse der Beteiligung zentral von einander. Gute Ausbildung ist eine entscheidende Voraussetzung für die gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ist gesellschaftliche Integration nach wie vor stark an die Integration in (Erwerbs)Arbeit gekoppelt. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung, aber auch im Kontext des demografischen Wandels und einem steigenden Fachkräftebedarf müssen wir uns fragen, wie wir diesem Anspruch gerecht werden können. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen wird in den nächsten Jahren kontinuierlich sinken. Nicht nur aus diesem Grund brauchen wir Möglichkeiten die Meinung von Kindern und Jugendlichen stärker in (politischen) Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen. Dabei wollen wir insbesondere kindgerechte Formen von Beteiligung stärken. Die Jusos haben sich immer auch für eine stärkere Demokratisierung von politischen Prozessen eingesetzt. In den nächsten Jahren wollen wir auch darüber diskutieren welche Möglichkeiten sich aus einer intensiveren Beteiligung von Bürger_innen auf kommunaler Ebene ergeben.

Schwerpunkte werden folgende Themen sein:

- Zukunft in der (Erwerbs)Arbeitsgesellschaft
- Kinder an die Macht – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Uns gehört die Stadt – Bürgerbeteiligung aus kommunaler Ebene

Projekt 3: Vielfalt und Toleranz

In der Vergangenheit haben wir im Bereich Feminismus bereits umfassende Beschlusslagen mit einer tiefergehenden, theoretischen Analyse erarbeitet, was als Ausgangspunkt für eine intensiver Beschäftigung mit dem Thema Diskriminierung dienen soll. So möchten wir in den kommenden zwei Jahren analysieren, wie beispielsweise Minderheiten gesellschaftlich konstruiert werden. Dabei ist es wichtig zu erkennen, wie

Diskriminierung entsteht, welche Wirkmechanismen essentiell sind und welche Folgen sie für die betroffenen Personenkreise haben. Es ist für uns entscheidend, dass es keine harmlosen oder weniger schlimmen Formen von Diskriminierung gibt, da diese bei den betroffenen Menschen immer zu Einschränkungen führen. Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen eignet sich der intersektionale Ansatz besonders, um die Entstehung von Benachteiligung und das Zusammenwirken verschiedener Diskriminierungslinien eingehend zu ergründen. Im Rahmen der Projektarbeit ist eine Verknüpfung mit demokratietheoretischen Fragestellungen sinnvoll, weil Diskriminierung dazu führt, dass die betroffenen Menschen an gesellschaftlichen Prozessen gar nicht, bestenfalls aber nur eingeschränkt partizipieren können.

Für uns bleibt festzustellen, dass Diskriminierung in Deutschland alltäglich ist. Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung beweisen stets aufs Neue, dass diese kein Problem eines sogenannten rechten Randes ist, sondern in der gesamten Gesellschaft Verbreitung findet. Ausgehend von dieser Annahme sollen dominante Diskriminierungsformen identifiziert und Strategien zu ihrer Beseitigung entwickelt werden. Weiterhin soll die Konzeption von Kampagnen aus der Projektarbeit folgen.

Schwerpunkte werden folgende Themen sein:

- Diskriminierung verstehen: Auseinandersetzung mit Intersektionalität
- Diskriminierung entgegentreten: Entwicklung öffentlichkeitswirksamer Kampagnen
- Que(e)r denken – Theorien leben. Moderne Lebenswirklichkeit im Verband fördern
- Keine Resignation gegenüber Restriktion – Flüchtlingspolitik bleibt aktuell

Projekt 4: Europa

Das Projekt Europa soll zunächst ein grundsätzliches Verständnis von Europa im Verband vermitteln. Die Bearbeitung sollen den Interessenlagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angepasst werden, folgt aber Themenblöcken der bisherigen Arbeitskreisstruktur. Der AK Europa soll sich aber auch zu theoretischen und strukturellen Themen Gedanken machen, wie zur Finalität der Europäischen Union und einer Auseinandersetzung mit föderalistischen Konzepten. Europa ist dabei ohne Frage ein Querschnittsthema, das alle bisher bestehenden Arbeitskreise berühren wird. Eine Rückkopplung zu den eigentlichen „Facharbeitskreisen“ ist daher unabdingbar.

Europa wird aufgrund seiner inhaltlichen Breite auch ein sehr diversifiziertes Publikum ansprechen. Ziel ist die nachhaltige Errichtung des europapolitischen Profils der Jusos Thüringen (und der Landes-SPD). Bis zur nächsten Wahl des Europäischen Parlaments sollen schwerpunktmäßige Beschlusslagen hergestellt werden. Die inhaltliche Arbeit erfährt eine Begleitung von Aktionen, die jeweils zum Europatag des Europarats am 5. Mai bzw. zum Europatag der Europäischen Union am 9. Mai stattfinden. Partei und Jusos müssen auch ihre Vermittlungsfunktion von Politik zu den Menschen übernehmen.

Schwerpunkte der Projektarbeit sind die folgenden Themen:

- Europäische Identität
- Sozialdemokratische europäische Antworten auf die Finanzkrise
- Territoriale und inhaltlich politische Integration
- kritische Auseinandersetzung mit Europäische Außen- und Verteidigungspolitik

5. Kampagnen

Kommunalwahl

Der Juso-Landesvorstand wird eine Kampagne zu den im Frühjahr 2012 stattfindenden Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen konzipieren. Die Kampagne soll sich zielgruppenspezifisch an Jugendliche richten und den sozial-, kultur- und jugendpolitischen Mehrwert sozialdemokratischer Landräte bzw. Oberbürgermeister herausstellen. Zum anderen soll die Kampagne Erstwähler_innen und Jungwähler_innen mobilisieren. Im Rahmen der Kampagne sollen aber auch Juso-Forderungen an die

SPD herangetragen werden. Geeignet hierfür sind beispielsweise die Forderungen nach kommunalem Wahlrecht ab 16 Jahren und die Öffnung des kommunalen Wahlrechts für Migrant_innen.

Demokratie und Freiheit

Demokratie und Freiheit sind wichtige Themen für die Jusos Thüringen. Nicht erst seit den Vorratsdatenspeicherungen in Dresden ist staatliche Überwachung für viele von uns Realität geworden. Freiheit bedeutet für uns auch der Kampf für eine egalitäre Gesellschaft, die jeder_m die Möglichkeit gibt sich frei zu entfalten. Im Bundestagswahlkampf 2013 wollen wir uns schwerpunktmäßig dieser Kampagne widmen.

6. Gut gebildet

Die Jusos Thüringen wollen auch in den nächsten Jahren mit einem innerverbandlichen Seminarangebot die Qualifikation von Mitgliedern und Interessierten gewährleisten. Mit Arbeitskreiswochenenden wollen wir darüber hinaus die inhaltlichen Diskurse vorantreiben und Beschlüsse weiterentwickeln. Die Seminare sollen es dabei auch ermöglichen vor allem die Themenbereiche abzudecken, die in den Arbeitskreisen nicht oder nur wenig bearbeitet werden können. Das Auftaktwandern, das Buchenwaldseminar und die Jugendkongress haben sich als Angebote für unsere Mitglieder bewährt, wir wollen sie auch weiterhin durchführen. In regelmäßigen Abständen sollen außerdem Neumitglieder- und Qualiseminare angeboten werden. Gemeinsam mit den anderen Thüringer Arbeiter_innenjugendverbänden wollen wir im Jahr 2012 wieder ein gemeinsames Beethovencamp durchführen.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Um unsere politischen Ziele bewerben zu können, werden wir Jusos Thüringen unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit effizienter und effektiver gestalten. Der Landesvorstand benennt deshalb eine_n Presseverantwortliche_n sowie eine_n Stellvertreter_in, die zu jeder Landesvorstandssitzung die Medienberichterstattung zu jusorelevanten Themen zusammenfassen. Beide unterstützen die Arbeitskreise beim Verfassen von Pressemitteilungen und informieren die Fachsprecher im Landesvorstand über die aktuelle Berichterstattung zu deren Fachgebieten.

Auch in der öffentlichen Wahrnehmung verstehen wir Jusos uns als kritisches und konstruktives Gewissen des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion. In der Schwarz-Roten Koalition können die Ziele der Thüringer Sozialdemokratie leider nicht immer so umgesetzt werden, wie wir es uns wünschen. Wir Jusos werden künftig stärker an die Wahlversprechen der SPD erinnern und den Druck bei sozialdemokratischen Themen auf den Koalitionspartner aber auch auf die eigene Partei erhöhen. Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns steht jedoch weiterhin die eigenständige Themensetzung.

Getreu dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ werden wir künftig den Kontakt zur Thüringer Medienlandschaft intensivieren und in regelmäßig stattfindenden Pressegesprächen über unsere anstehenden Projekte und Ziele informieren.

Wir Jusos wollen an der Basis und auf Landesebene wieder erkennbar sein. Künftig achten wir daher weiter auf ein Corporate Design der Jusos Thüringen. Der Juso-Landesverband leistet - wenn vor Ort gewünscht - Unterstützung beim Auf- und Umbau eigener Internetpräsenzen und damit der Darstellung der Homepages in einheitlichem Design. Im Verband informieren wir unsere Mitglieder durch einen regelmäßig erscheinenden Newsletter über die Arbeit und politischen Ziele des Landesverbandes. Der Landesverband wird das Angebot an Materialien für Aktionen und Veranstaltungen in den Kreisverbänden konsequent ausweiten. Unsere politischen Ziele wollen wir konsequent kommunizieren. Den Kreisverbänden wollen wir auch zukünftig Musterpressemittelungen zur Verfügung stellen.

8. Innerverbandliche Struktur

Unsere Kreisverbände

Unsere Kreisverbände stellen einen wichtigen Anknüpfungspunkt unserer Juso-Politik mit den Menschen vor Ort dar. In den Kreisverbänden läuft unsere politische Arbeit, die Argumentations- und Meinungsbildung zusammen. Noch immer sind in manchen Landkreisen noch keine aktiven Juso-

Strukturen gebildet und eingerichtet worden. Wir wollen die SPD vor Ort an ihre Verantwortung erinnern und gemeinsam mit den regionalen SPD-Strukturen neue Juso-Kreisverbandsstrukturen aufbauen. Wir wollen aktive, langfristig angelegte und nachhaltige Juso-Strukturen vor Ort. Der Juso-Landesvorstand wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen diese in den Regionen zu etablieren.

Wir wollen unseren Kreisverbänden weiterhin inhaltlich sowie organisatorisch helfen. Das bereits vorhandene "Know How" im Landesvorstand wird bereitgestellt wenn es um Hilfe beim Web-Design, Flyer-Design oder bei Ausarbeitungen von Kampagnen geht. Diese Angebote werden gemacht um starke und aktive Kreisverbände zu haben.

Der Landesausschuss

Der Landesausschuss ist dem Anspruch, den wir bei der Gründung 2007 hatten, nicht gerecht geworden. Mehrfach haben der Vorsitzende des LA und der Landesvorstand versucht den Landesausschuss inhaltlich zu beleben – leider ohne besonderen Erfolg. Der Landesausschuss soll zukünftig nur noch auf Antrag der antragsberechtigten Strukturen bzw. Personen tagen. Um die Vernetzung der Kreisverbände mit dem Landesvorstand dennoch zu gewährleisten sollen regelmäßig Treffen des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden bzw. Sprecher_innen der Kreisverbände stattfinden.

Der Juso-Bundesverband

Die Jusos Thüringen sind ein aktiver Landesverband im Juso-Bundesverband. In den letzten beiden Jahren haben wir gezeigt, dass wir die inhaltliche Arbeit nicht nur selbst gestalten können sondern auch eigene Themen setzen können. Die Schwerpunkte der Arbeit unserer letzten Jahre, insbesondere die Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Gleichstellung haben auch die Debatten auf Bundesebene weiter vorangebracht. Damit das so bleibt, wollen wir uns auch in den nächsten Jahren konstruktiv in die Arbeit in den Perspektivprojekten und dem Bundesvorstand einbringen. Auch der Landesverband profitiert von dieser Anbindung: Debatten die aktuell auf Bundesebene geführt werden, können unmittelbar in den Verband transportiert werden.

9. Netzwerkstellen und Arbeitsgruppen

Die Juso-Hochschulgruppen

Die Juso-HSG ist eine Arbeitsgruppe, die sich schwerpunktmäßig mit Hochschulpolitik beschäftigt. In den zwei Jahren konnten sich neben Erfurt und Jena auch zwei weitere Hochschulgruppen in Nordhausen und Weimar etablieren. Auch in Zukunft soll die Gründung von Juso-Hochschulgruppen durch den Landesverband gefördert und unterstützt werden. Die Hochschulgruppen vor Ort sind autonom und entscheiden gemeinsam, wie die Landeskoordination ausgestaltet wird.

Juso-Schüler_innen

Als Juso-Schüler_innen Thüringen sehen wir uns als Vertretung der Schüler_innen im Landesverband der Jusos Thüringen. Dabei soll vor allem gerechte Schulpolitik inhaltlich erörtert werden.

Die Juso-Schüler_innen-Gruppe in Thüringen hat im letzten Jahr erste Schritte zur organisierten Arbeit als Vertretung der Schüler_innen gemacht.

In den nächsten Jahren soll die Arbeit intensiviert werden. Ziel ist es, einen aktiven Landesverband zu gründen. Um in den weiteren Jahren die JSG auf Kreisebene zu etablieren braucht es einen starken Verband. Um Mitglieder zu gewinnen, sollen Flyer, Plakate und andere Werbematerialien entstehen und öffentliche Seminare organisiert und durchgeführt werden.

Die Juso-Schüler_innen-Gruppe in Thüringen soll sich mit der Bundesebene der Juso-Schüler_innen beschäftigen und sich an den Konferenzen und Seminaren der Juso-Schüler_innen im Bund beteiligen.

Frauennetzwerkstelle

Obwohl wir Jusos Thüringen ein feministischer Verband sind, Quotierung von Gremien und Redelisten für uns zum Alltag gehören und Sexismus meist automatisch umgehend angesprochen und kritisiert wird, ist das Zahlenverhältnis von Frauen und Männern innerhalb unserer Verbandes bedenklich.

Mit der in diesem Jahr initiierten Frauennetzwerkstelle soll daher den bisher noch weniger Frauen die Möglichkeit gegeben werden, sich kennen zu lernen, untereinander auszutauschen und zu unterstützen, sowie gemeinsame Positionen zu entwickeln und mit gestärktem Selbstbewusstsein auch in den oftmals männerdominierten Kreisverbänden in Diskussionen zu vertreten.

Dazu sollen Qualifizierungsangebote wie z.B. Rhetorik-Workshops speziell für Frauen aber auch inhaltliche Seminare angeboten werden, in denen sowohl frauenspezifische als auch allgemeine politische Themen in einem anderen Rahmen als üblich bearbeitet werden können. Des Weiteren soll über eine Mailing-Liste der unkomplizierte und kurzfristige Kontakt untereinander ermöglicht werden. Zudem wollen wir ein Pat_innenprogramm einführen, bei dem jedes neue weibliche Juso-Mitglied ein möglichst auch weibliches Juso-Mitglied, das schon länger im Verband aktiv ist, als Pat_in an die Seite bekommt um direkter und persönlicher aufgenommen und eingebunden zu werden.

Ziel ist es, dass die Frauen, die bereits Mitglieder des Verbandes sind, sich als solche in diesem wohl fühlen und Ansprechpartner_innen für verschiedenste Situationen kennen lernen, sowie neue weibliche Mitglieder zu gewinnen. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass die teilweise sicher anderen Sichtweisen, die in lediglich von Frauen geführten Diskussionsrunden deutlich werden, durchaus auch die gemeinsamen Diskussionen in Kreisverbänden und Gremien bereichern können.

Von der Stärkung und Vernetzung unserer Juso-Frauen wird der gesamte Verband profitieren.

Es muss sich aber nicht nur die Vernetzung der Frauen untereinander verbessern. Gleichstellung und Feminismus sind Querschnittsthemen. Daher soll der dafür zuständige Arbeitskreis in Absprache mit den anderen jeweils Arbeitskreisen deren Arbeit mit Modulen zu diesen Themen begleiten.

Netzwerkstelle Antifa

Der Landesvorstand richtet eine Netzwerkstelle Antifa ein. Diese hat vorrangig das Ziel Aktionen gegen Nazis im Landesverband zu koordinieren und die Informationen in die Kreisverbände zu kommunizieren. Zudem soll sie im Vorfeld landesweit relevanter Gegendemonstrationen und Veranstaltungen den Landesverband in der Bündnisarbeit zu vertreten.

10. Ein starker Verband braucht Bündnispartner_innen

Um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für unsere Politik zu erreichen und um unsere Positionen auch gesellschaftlich zu verankern, fühlen wir uns einer konsequenten Bündnisarbeit verpflichtet. An erster Stelle stehen dabei für uns gewerkschaftliche Jugendverbände. Wir stellen fest, dass es in diesen – teils berechnete – Vorbehalte gegen die Sozialdemokratie gibt. Da wir Jusos uns als linke Strömung in der Thüringer Sozialdemokratie begreifen, ist eine Einbindung dieser Verbände sinnvoll, weil uns mit ihnen ähnliche Beschlusslagen und eine lange Tradition der Kooperation verbinden. Themengebunden sind aber auch Kooperationen mit anderen Parteijugendorganisationen.

Einen besonderen Stellenwert nehmen für uns antifaschistische Bündnispartner_innen ein. Da Thüringen eine starke neonazistische Szene aufweist, ist eine Kooperation mit antifaschistischen Organisationen auf diesem Gebiet unabdingbar. Deshalb beteiligen wir uns alljährlich am antifaschistischen Ratschlag und organisieren an vorderster Stelle Gegenveranstaltungen zu Nazi-Events.

Von großem Interesse ist für uns außerdem das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). Als Netzwerkpartner_in und Mitinitiator_in haben die Jusos ein starkes Interesse daran, die Arbeit des NDC zu unterstützen. Wir verpflichten uns daher, unter unseren Mitglieder nach Menschen zu suchen, die sich vorstellen können, Teamer_innen beim NDC zu werden und an schulischen Einrichtungen Projekttage gegen menschenverachtende Einstellungen durchzuführen. Wir würdigen die vorbildliche Rolle bei der Qualifizierung junger Menschen und setzen uns dafür ein, dass das Land Thüringen in Zukunft die Arbeit des NDC langfristig finanziell absichert, um eine dauerhafte Arbeit zu gewährleisten.

SCHULE/HOCHSCHULE

B1 | LEHR- UND LERNMITTELFREIHEIT TATSÄCHLICH GEWÄHRLEISTEN

Nach §44 ThürSchulG besteht in Thüringen eine Lehr- und Lernmittelfreiheit, die sich explizit auf die „notwendigen, für die Hand des Schülers bestimmten Schulbücher“ bezieht. Für das laufende Schuljahr 2011/2012 ist aber mehrfach die Situation aufgetreten, dass Schulen ihren Schüler_innen dieses Recht nur eingeschränkt gewähren konnten.

Grund dafür sind häufig die geänderten Lehrpläne und – fächer, beispielsweise die Neueinführung des Unterrichtsfaches MNT (Mensch-Natur-Technik) an Gymnasien. So werden viele neue und zusätzliche Lehrbücher benötigt, auch weil aufgrund der in andere Klassenstufen verschobenen Inhalte Anschlussbücher nicht mehr genutzt werden können. Die Lage für viele Schulen, für deren Arbeit der Lehrbuchetat bis jetzt schon eng bemessen war, ist nun kritisch. Oft stehen sie vor der Wahl, nicht adäquate Lehrmittel bereitzustellen oder neue, teure Bücher den Eltern zum Kauf anzubieten, ohne ausreichende Möglichkeiten zur Ausleihe über die Schule bereitstellen zu können. Ab der 9. Klasse werden Schüler_innen dazu aufgefordert, einen Taschenrechner mitzuführen. Dieser muss von den Schüler_innen finanziert werden.

Schon vergangene Verordnungen, die im Konflikt mit dem §44 ThürSchulG standen, erwiesen sich als nicht durchsetzbar. Im September 2006 erklärte das Thüringer Oberverwaltungsgericht die „Lernmittelpauschale“, die Eltern an den Kosten für die Schulbücher ihrer Kinder beteiligte, für unwirksam. Dieses Urteil unterstreicht die Wichtigkeit der gebührenfreien Lehr- und Lernmittelbereitstellung an Thüringer Schulen.

Die Jusos Thüringen sprechen sich dafür aus, dass mit der Beschaffung der notwendigen Lehr- und Lernmaterialien nicht der Geldbeutel der Eltern belastet wird. Wir fordern eine in Abstimmung mit den Schulen festgelegte Erhöhung des Schulbuchetats, um die Einhaltung des §44 ThürSchulG zu gewährleisten. Des Weiteren fordern wir, dass der Taschenrechner ebenfalls vom Etat des Freistaates Thüringen finanziert wird.

B6 | DAS LANDESHOCHSCHULGESETZ SOLL UM EINE ZIVILKLAUSEL ERGÄNZT WERDEN

Die derzeitige finanzielle Situation der Hochschulen ist schlecht. Bei immer höheren Studierendenzahlen bleibt die öffentliche Finanzierung auf einem gleichen, niedrigen Niveau. Es entstehen große Lücken innerhalb des Hochschulhaushaltes.

Im gleichen Augenblick sind Universitäten um Drittmittel bemüht, damit sie diese finanziellen Lücken schließen können. Hiermit werden in der alltäglichen Praxis nicht nur Forschungsarbeiten, sondern reguläre Vorlesungen und Veranstaltungen finanziert.

Gleichzeitig gibt es eine deutsche Außenpolitik, die sich vermehrt auf militärische Intervention als politisches Mittel stützt. Die Bundeswehr findet sich im Umbruch und militarisiert sich zunehmend nach Innen und Außen. Während die Bundesverwaltung und die zivilen Organisationsbereiche des Militärs im Zuge der Reform verringert werden erhöht sich die Zahl der einsetzbaren, kämpfenden Verbände. Nach außen positioniert sich die Bundeswehr als Friedenstruppe, welche für humanitäre Zwecke besteht. Betrachtet man jedoch die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr wird schnell klar, welche Aufgabe die Bundeswehr besitzt. „Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. [...] Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken.“ Diese Richtlinie lässt sich auch klar an dem Nichteingreifen der Bundeswehr in Krisengebieten erkennen.

Aufgrund ihrer Nachwuchsprobleme und des schlechten Images verstärkt sie ihre Öffentlichkeitsarbeit. Neben Messe- und Informationsständen (z.B. Tag der offenen Tür des Thüringer Landtages) kann man Jugendoffiziere latent an Schulen und immer öfter an Hochschulen sehen. Finanzielle Sparauflagen führen

immer häufiger dazu, dass interne Forschungen an öffentliche Einrichtungen, sprich Universitäten, verlagert werden.

Bundeswehr, Verteidigungsministerium und private Rüstungsunternehmen sorgen dafür, dass sich sowohl die Anzahl von Projekten als auch deren finanziellen Zuwendungen stetig erhöhen. Die Aufträge werden hierbei nicht nur für die Erforschung neuer Wehrmedizin, Waffen- und Aufklärungssysteme in „klassischen“ Ingenieurs- und Naturwissenschaftlichen erteilt, sondern ebenso in Gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen. So gibt es an der FU Berlin einen „Sonderforschungsbereich 700 – Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“, welcher sich vor allem damit auseinandersetzt, wie man in Interventionsgebieten am besten für „Recht und Ordnung“ sorgen kann. An der Potsdamer Universität wurde ein Studiengang unter dem Namen „Military Studies“ eingerichtet, welcher zu gleichen Teilen von der Fakultäten für Philosophie sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Potsdam und andererseits vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) und Sozialwissenschaftliche Institut (SoWi) der Bundeswehr getragen wird.

Auch an der Universität Erfurt blieb der BA-Studiengang „Staatswissenschaften“ nicht von einer Vorlesung der Bundeswehr verschont. So ist es hier normal, dass die „Sicherheitspolitik“ von einem Bundeswehrangehörigen mit entsprechendem Hintergrund erörtert wird. Die Universität Jena hatte von 2003 bis 2005 den Auftrag am Institut für Virologie und Antivirale Therapie an Virenbekämpfung zu forschen. Das hier enthaltene Volumen betrug 170 Millionen Euro. Die aktuelle Beteiligung von militärischen Einrichtungen an Hochschulen ist nur zu Bruchteilen bekannt. Oftmals wird unter Verweis auf Geheimhaltungsklauseln die Auskunft über Forschungsprojekte verwehrt. Einher geht hiermit eine schleichende Entdemokratisierung der Hochschulen.

Die Auslagerung von Forschung aus der Bundeswehr in öffentlich geförderte Hochschulen ist daher skandalös und nicht hinnehmbar. Folgende Kritikpunkte sind für uns entscheidend:

- Studierende müssen, auch gegen ihren Willen militärische Forschung betreiben.
- Militärische Forschung verdrängt zivile Forschung.
- Öffentliche Gelder, welche für Hochschulen bestimmt sind, werden für militärische Zwecke eingesetzt.
- Die Transparenz von öffentlicher Forschung geht aufgrund der oftmals gegebenen Geheimhaltungsklauseln verloren.
- Die Forschung richtet sich ausschließlich nach ihrer Verwertbarkeit und nicht nach ihrem akademischen oder humanitären Nutzen.

Grundsätzlich lehnen wir militärische Intervention Konfliktlösungen ab. Deshalb lehnen wir auch Militärische Forschung und Lehre an Universitäten ab fordern eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz und den jeweiligen Satzungen der Thüringer Universitäts- und Hochschulstandorten.

B7 | GUTE LEHRE? - GUTE ARBEIT!

Gute Lehre kann nur mit Hilfe des Hochschulpersonals, so auch des akademischen Mittelbaus, funktionieren. Wissenschaft und Lehre leben von der Mitarbeit des akademischen Mittelbaus, aber leider ist es immer noch so, dass in diesem Bereich prekäre Arbeitsbedingungen herrschen: Verträge werden oft nur befristet auf einen kurzen Zeitraum abgeschlossen und die Entlohnung erfolgt nicht nach einheitlichen Tarifverträgen. Auch studentische Beschäftigungsverhältnisse sind von dieser gängigen Praxis betroffen. Studierende, die als wissenschaftliche Hilfskräfte an Lehrstühlen arbeiten sollen den Lehrenden bei der Vorbereitung für die Lehrveranstaltungen und Forschungen unterstützen, landen aber in den meisten Fällen als billige Arbeitskraft ohne elementare Arbeitnehmer_innenrechte hinter dem Kopierer. So müssen etwa Fehlzeiten aufgrund von Krankheit nachgeholt werden, der Urlaubsanspruch als Arbeitnehmer_innen wird häufig nicht umgesetzt. Dazu kommt, dass studentische Hilfskräfte einerseits nicht durch den Studierendenrat vertreten werden dürfen und eine Repräsentation auch nicht im Betriebsrat erfolgt, da sie in der Abrechnung als Sachmittel geführt werden.

Egal ob in studentischer Beschäftigung oder als Doktoranden, die Lehrveranstaltungen leiten – prekäre Beschäftigung, etwa durch unbezahlte Mehrarbeit, unregelmäßige Arbeitszeiten und nicht versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, darf auch an den Thüringer Hochschulen keinen Platz haben! Gute Lehre entsteht durch gerechte und geregelte Arbeitsbedingungen.

Deswegen fordern wir die Landesregierung auf sich für eine Stärkung der studentischen Beschäftigten einzusetzen. Nur durch einen thüringenweit einheitlichen Tarifvertrag, dessen Niveau sich an den westlichen Bundesländern orientiert, und angemessene Arbeitsbedingung für den akademischen Mittelbau und die studentischen Beschäftigten kann an allen Thüringer Hochschulen gute Lehre und gute Arbeit stattfinden.

SOZIALES UND KAPITAL

C1 | GENERATION UNTER DRUCK – ÜBERGÄNGE IN DEN ARBEITSMARKT GESTALTEN

Die Lage ist prekär – wir sind längst nicht über den Berg!

In die aktuellen Debatten um die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik hat vor allem eines Einzug gehalten: Leiharbeit. Zwar lässt der Diskurs erkennen, dass sich Debatten um Sozialschmarotzer inzwischen tatsächlich überholt haben, einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik gibt es allerdings nach wie vor nicht. Vielmehr werden nach wie vor bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders hohe Chancen bei der gelingenden Arbeitsmarktintegration zugeschrieben. Gerade für jüngere Beschäftigte und Erwerbslose wird ein überwiegend positives Bild gezeichnet. Weniger Schüler_innen drängen auf den Ausbildungsmarkt, in einigen Teilen Deutschlands gibt es sogar mehr Ausbildungsplätze als potentielle Auszubildende. Mit mehr Qualifizierung soll denen, die es über den ersten Bildungsweg nicht schaffen später in den Arbeitsmarkt begleitet werden. Fachkräftemangel und demografischer Wandel werden damit nicht nur zum Retter des Arbeitsmarktes gemacht, sie verschleiern auch, dass es junge Menschen gibt, die von diesen Veränderungen nicht profitieren.

Dass die Integrationschancen für junge Menschen nicht die besten sind, zeigt ein Blick auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation. Der Anteil der Berufseinsteiger_innen mit befristeten Arbeitsverträgen ist überdurchschnittlich und steigt stetig, in der Leiharbeit sind junge Menschen ebenfalls deutlich stärker repräsentiert als andere Altersgruppen und Praktika auch nach dem Berufsabschluss sind heute keine Seltenheit mehr. Umso schwerer ist der Arbeitsmarktsituation aber für diejenigen, die weniger gute Ausgangschancen mitbringen.

Bildung ist längst nicht mehr der Schlüssel zum gesellschaftlichen Aufstieg. Selbst gut ausgebildete junge Menschen haben heute keine sicheren Chancen mehr auf den Traumjob. Befristungsketten, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung oder Praktika stehen bei dem Weg in den Arbeitsmarkt auf der Tagesordnung. Für uns Jusos ist dieser Zustand unhaltbar. Wir wollen uns einsetzen für eine Gesellschaft, in der jede_r die Chance auf einen guten Arbeitsplatz hat.

Jung, dynamisch, schwer vermittelbar

Längst nicht alle jungen Menschen sind bestens auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet. Nicht nur, weil eine sichere Integration häufig nur eine langfristige Perspektive ist, sondern weil multiple Problemlagen – fernab fehlender oder ungeeigneter Qualifikation – wie Sucht, Schulden, Gewalterfahrungen, soziale Herkunft, Gesundheit oder Straffälligkeit die Konzentration auf Erwerbsarbeit schwierig machen.

Die Antwort auf diese Gruppe ist das mit den Hartz-Reformen eingeführte „Fordern und Fördern“. Qualifikation, Weiterbildung und soziale Begleitung sollen durch staatlichen Druck ergänzt werden. Wer als nicht arbeitswillig eingestuft wird sanktioniert, jeder noch so schlechte Job gilt als zumutbar. Unter dem Vorwand, junge Menschen sollen sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten werden sie besonders gefordert.

Diesen Anforderungen der Arbeitsverwaltung stehen wenige wirkliche Arbeitsmarktchancen gegenüber und auch die Möglichkeiten der Arbeitsverwaltung den Jugendlichen bei der Begleitung in den Arbeitsmarkt beschränkt. Eine Maßnahme folgt der anderen, um zu verhindern, dass sie weiter in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Nicht nur die Qualität dieser Maßnahmen, auch ihr Vermittlungserfolg ist zweifelhaft. Die tatsächlichen Probleme der Zielgruppe bearbeiten sie nicht.

Vor diesem Hintergrund läuft der staatlich ausgeübte Druck nicht selten ins Leere. Häufig haben diese Jugendlichen mit dem System der staatlichen Regelförderung abgeschlossen, da sie sie bereits mehrfach erfolglos in Anspruch genommen haben. Sie fühlen sich vom System Arbeitsmarktpolitik enttäuscht und nicht verstanden. Das Ergebnis ist eine Häufung von Misserfolgserlebnissen, die sich nicht selten nahtlos an die Schulzeit anreihet. Der Verlauf ihrer Biografien bringt sie immer weiter vom ersten Arbeitsmarkt weg.

Die Anforderungen junger Menschen beim Übergang in den Arbeitsmarkt sind vielfältig. Druck und steigende Leistungsanforderung seitens staatlicher Institutionen lösen nicht den Anspruch junge Menschen in das Erwerbsleben zu begleiten; sie schlagen fehl. Es ist auch unsere Aufgabe, gerade für diese jungen Menschen eine Antwort und eine Perspektive für gesellschaftliche Integration zu formulieren.

Wir brauchen Perspektiven

Eine Veränderung der Förderung junger Menschen bedeutet vor allem eine Veränderung der Förderpraxis in der Arbeitsverwaltung. Will sie den Ansprüchen der Jugendlichen gerecht werden, heißt dies in erster Linie sich auf ihre Perspektive und Anforderung einzulassen. Standardmaßnahmen für Bewerbungstrainings werden diesen Anspruch nicht einlösen können. Vielmehr geht es darum tatsächlich die Problemlagen jeder_s Einzelnen zu identifizieren und entsprechend darauf zu reagieren. Eine stärkere soziale Unterstützung ist in diesem Zusammenhang unabdingbar. Erst wenn die sozialen Problemlagen des jungen Menschen gelöst sind, kann er sich vollständig seiner beruflichen Integration widmen.

Um dies zu erreichen muss die Durchführung von Integrationsmaßnahmen weg von einem starren System der festen Kurse, mit fixierten Lerninhalten und Quoten seitens der Jobcenter. Darüber hinaus müssen die Projektziele der SBG-II-Maßnahmen an die regionalen Arbeitsmarktbedingungen angepasst werden. Nicht zuletzt müssen auch immer wieder angewandte Geschlechterstereotype bei der Berufswahl hinterfragt werden: jungen Frauen und Männern müssen Alternativen zu etablierten Rollenvorstellungen angeboten bekommen anstatt diese in geschlechertypische Maßnahmen zu vermitteln.

Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die auch diejenigen in den Mittelpunkt stellt, die gesellschaftlicher Unterstützung und Solidarität besonders benötigen. Maßnahmen zur beruflichen Integration müssen den individuellen Bedürfnissen entsprechen um erfolgreich zu sein. Wir setzen uns dafür ein, dass jede_r eine echte Chance am Arbeitsmarkt bekommt.

C3 | KEINE KÜRZUNGEN BEI DEN HILFEBEDÜRFTIGEN!

Seit der Einführung der Hartz-Reformen gab es zahlreiche Änderungen der SGB II und SGB III. Diese Änderungen wirkten sich vielfach zum Nachteil der betroffenen Menschen aus. Es macht den Anschein, als wenn die Gruppe der Arbeitslosen prädestiniert sei für die Kürzung von staatlichen Transferleistungen. Hier lassen sich seit Jahren positive fiskalische Einsparungen des Staates beobachten. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente aus, um den betroffenen Menschen adäquat helfen zu können und ihre Hilfebedürftigkeit zu beenden.

Zurzeit kann jedoch wieder einmal beobachtet werden, dass die neue Instrumentenreform zum 01.01.2012 nicht mehr unterstützende Leistungen bietet, sondern vorhandene einschränkt oder sogar in Gänze abschafft. Deklariert werden die neuen Vorschläge der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit Begriffen wie Wirkungsorientierung, Bürokratieabbau, Flexibilität, Stärkung der dezentralen Handlungskompetenz, Klarheit und Transparenz bei Maßnahmezielen. Weiterhin soll die Instrumentenreform sich an der Individualität des einzelnen Hilfeempfängers (also am Abbau dessen spezifischer Problemlagen) sowie an der Wirtschaftlichkeit orientieren. Letzteres ist von entscheidender Rolle.

Es sind Einschnitte im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung zu erwarten. Im Bereich der Arbeitsförderung von Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen (SGB III) entfallen diese Leistungen vollständig. Die bislang im SGB II bestehenden Instrumente: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwendungsentschädigung, Arbeitsgelegenheit mit Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss und Bürgerarbeit werden zu einem Instrument zusammengelegt. Vor allem die so genannten 1-EURO-Jobs werden in Zukunft nicht mehr nur ausschließlich im Bereich des öffentlichen Interesses liegen sondern müssen zusätzlich wettbewerbsneutral werden. Weiterhin sinken in diesem Bereich pro Teilnehmer_in die Zuschüsse erheblich. Dies senkt die Attraktivität für Kommunen, Institutionen und Einrichtungen überhaupt 1-EURO-Jobs anzubieten. Ein bislang erfolgreiches Instrument für Langzeitarbeitslose wird faktisch abgeschafft. Zwar lehnen wir diese Arbeitsverhältnisse prinzipiell ab, jedoch ist die Zuverdienstmöglichkeit zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhaltes ersatzlos gestrichen worden.

Weiterhin wird es vor allem auch beim Gründungszuschuss zu erheblichen Veränderungen kommen. Statt bisher 15 Monate Leistungen zum Lebensunterhalt wird er nur noch 6 Monate bewilligt. Einen Rechtsanspruch auf den Gründungszuschuss wird es nicht mehr geben. Sondern es wird zu einer Ermessensleistung, die im Einzelfall entschieden wird. Die Handlungskompetenz sowie der Handlungsspielraum jedes einzelnen Mitarbeiters der Arbeitsagentur (AA) entscheiden am Ende über Gewährung des Gründungszuschusses. In wie weit es dem Mitarbeiter der AA möglich ist die Wirtschaftlichkeit und Tragfähigkeit einer selbständigen Tätigkeit zu prüfen bleibt fragwürdig. Insgesamt wird mit Kürzungen bis zu 70% der bisherigen Förderung im Bereich des Gründungszuschusses gerechnet. Dies entspricht einer Summe von ca. 1,33 Mrd. EURO. Auch lässt sich das fiskalische Sparargument finden.

Etwas besser zeichnet sich die bevorstehende Instrumentenreform im Bereich der Förderung von Jugendlichen ab. Um weiterhin die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze zu reduzieren und auch Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen eine Chance auf eine duale Ausbildung zu bieten, können Betriebe für den Mehraufwand einen Zuschuss zur Ausbildungsvergütung erhalten. Gleichzeitig wird hiermit auch der Förderung des Fachkräftenachwuchses entsprochen und dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden. Dies begrüßen wir positiv.

Für die Berufsorientierung ist dann ausschließlich die Arbeitsagentur zuständig und nicht mehr wie bislang bei Jugendlichen im SGB-II-Bezug die Jobcenter. Hierbei findet die Stigmatisierung endlich ein Ende. Wir fordern eine umfassende Berufsorientierung für alle Jugendlichen, unabhängig von ihrem Status, der kulturellen Zugehörigkeit, des familiären Backgrounds oder anderer stigmatisierender Einschränkungen.

Die Berufseinstiegsbegleitung soll als Regelinstrument aufgenommen werden. Dies ist grundsätzlich positiv zu befürworten. Hinderlich ist hierfür aber die Tatsache, dass die Berufseinstiegsbegleitung ab kommendem Schuljahr kofinanziert werden muss. Angesichts der klammen Kassen bei Ländern und Kommunen befürchten wir einen Wegfall an Stellen der Berufseinstiegsbegleitung noch nicht nennbaren Ausmaßes. Dies ist gerade für benachteiligte Jugendliche ein herber Verlust. Ihnen wird dadurch die notwendige Hilfe für die am Übergang Schule-Ausbildung entzogen. Dies ist für uns nicht tragbar. Hier muss es eine klare Regelung zwischen den Regionaldirektionen der BA und den Ländern geben.

Wir begrüßen es, dass die bislang vorgeschriebene Berufsvorbereitende Maßnahme (BvB) von bis zu 6 Monaten als Voraussetzung für eine außerbetriebliche Berufsausbildung entfällt. Es obliegt nun der Beratungsfachkraft einzuschätzen, ob der Jugendliche eine vorgeschaltete berufsvorbereitende Maßnahme benötigt oder die Notwendige Ausbildungsreife und Motivation bereits mitbringt. Auch ist es positiv zu bewerten, dass die Beschränkung der Praktikumsdauer von 6 Monaten während der Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung entfällt. Hierdurch erhöhen sich die Chancen des Übergangs in ein duales Ausbildungsverhältnis für den einzelnen Jugendlichen enorm.

Weiterhin ist positiv zu bewerten, dass die Beschränkung der betrieblichen Praktikumsdauer in einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme aufgehoben wird. Dies erhöht die Chancen benachteiligter Jugendlicher in eine betriebliche Ausbildung zu gelangen, weil sie sich während der berufsvorbereitenden Maßnahme bereits in dem Betrieb über einen längeren Zeitraum beweisen können.

Wieder einmal zeigt sich deutlich, dass Sparmaßnahmen für die neue Instrumentenreform verantwortlich sind. Die Rechnung zahlen die Betroffenen. Trotz anhaltenden Fachkräftemangels wird nicht in eine bessere Qualifikation investiert, sondern gerade in diesem Bereich stark gekürzt. Die Verantwortung und Bereitstellung von Ressourcen für Lebenslanges Lernen wird an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurück gegeben. Anstatt Qualifizierung staatlich zu fördern wird an den Europäischen Sozialfond (ESF) verwiesen. Wie sich die Ausgestaltung des ESF nach 2013 gestaltet, kann niemand voraussagen. Dies bedeutet ein Sparen an falscher Stelle – der Zugang zu und die Förderung von Bildung muss oberste Priorität besitzen. Denn nur gut qualifizierte Arbeitnehmer können auf dem heutigen und zukünftigen Arbeitsmarkt bestehen.

Für die zukünftige arbeitsmarktpolitische Ausrichtung fordern wir:

- Der Gründungszuschuss soll wie bislang als Rechtsanspruch beibehalten werden und die finanziellen Kürzungen sind zurückzunehmen.
- Arbeitslose sollen nicht Maßnahme um Maßnahme durchlaufen. Wir fordern, gut aufeinander abgestimmte arbeitsmarktpolitische Instrumente, die Hilfebedürftigkeit nicht aufrechterhalten sondern die Hilfebedürftigkeit beenden. Vor allem in umfassenden Eingliederungszuschüsse sehen wir eine große Chance, dass Menschen langfristig und nachhaltig in Arbeit auf den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Für Menschen, die nur schlecht in der Lage sind, die Anforderungen auf den ersten Arbeitsmarkt gerecht zu werden, benötigen wir den Bereich der geförderten Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt.
- Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken ist es hilfreich, allen Menschen die Möglichkeit zu gewähren, auch ein Zweit- und Drittausbildung zu absolvieren. Hierfür ist es unabdingbar die Gesetze der Berufsausbildungsbeihilfe (BaB) zu reformieren.
- Die im Ausland erworbenen Schul-, Berufs und Studienabschlüsse sollten endlich anerkannt werden. Ebenso sollten die in Thüringen an Gymnasien erworbenen Realschulabschlüsse (BLF), auch flächendeckend im gesamten Bundesgebiet anerkannt werden. Auch dies wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Wir können es uns nicht erlauben gut qualifiziertes Personal aus falschen Gründen nicht auf den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- Weiterhin sprechen wir uns branchenübergreifend für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Menschen, die in Arbeit sind, müssen von ihrem Einkommen leben können, ohne auf weitere staatliche Transferleistungen angewiesen zu sein.

DEMOKRATIE UND GEMEINDE

D1 | WIR WOLLEN HIER REIN! MITBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN - BETEILIGUNG STÄRKEN

Die Jugend hat eine Stimme verdient!

Für junge Menschen ist die Möglichkeit sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen so schwierig wie für kaum eine andere Bevölkerungsgruppe. Die Ausgangssituation zeichnet sich in zweierlei Hinsicht als besondere aus: Einerseits wird der Anteil der jüngeren Bevölkerung immer kleiner. Während sich der Anteil der bis 20jährigen stetig verringern wird, steigt der Anteil der über 60jährigen kontinuierlich an. Andererseits wird insbesondere die Kompetenz junger Menschen immer wieder in Frage gestellt. Anders als viele andere Bevölkerungsgruppen werden sie deutlich weniger als Expert_innen ihrer eigenen Situation verstanden.

Möglichkeiten sich einzumischen und gesellschaftliche Prozesse zu gestalten, gibt es für junge Menschen bislang kaum. Über wenige Jugendverbände, die Partizipation tatsächlich leben, und einige, wenige Experimente mit Jugendparlamenten, von denen noch weniger tatsächlich erfolgreich arbeiten und im politischen Diskurs auch ernst genommen werden gehen aktuelle Entwicklungen nicht hinaus.

Wir Jusos wollen uns als politischer Jugendverband dafür stark machen, dass bei politischen Entscheidungen nicht nur über die „junge Generation“ gesprochen wird, sondern dass ihnen eine wirkliche Beteiligung zuerkannt wird. Jugendparlamente sind auf diesem Weg bestenfalls Begleitinstrumente und dürfen nicht das alleinige Mittel einer Beteiligungsstrategie sein. Demokratie ist keine Frage des Alters, sondern ein gesellschaftlicher Sozialisationsprozess der Überzeugung und Wille benötigt.

Demokratie Leben und Fördern – Bürgerbegehren auch für Jugendliche ermöglichen!

Wer eine demokratische Gesellschaft fördern will, muss Demokratie auch in allen Bereichen des Lebens zulassen. Familie, Schule, Arbeit, Hochschulen, Vereine und das politische System müssen immer wieder hinterfragt werden inwiefern sie diesen Ansprüchen genügen. Wer in seiner Jugend in seinen Entscheidungen immer bevormundet wurde, wird sich später auch in seinem Berufsleben nicht für Arbeitnehmer_innenmitbestimmung stark machen. Wir müssen junge Menschen für Demokratie begeistern und Voraussetzungen für politische Teilhabe ermöglichen. Die Novellierung der Schulordnung hat hier, mit der Wahl des Schüler_innensprechers durch alle Schüler_innen, bereits erste Schritte eingeleitet. Wir müssen aber auch demokratische Strukturen in Hochschulen und Betrieben stärken.

Es ist nachvollziehbar, dass sich viele Jugendliche nicht in politische und gesellschaftliche Debatten einbringen, wenn es dafür keine Freiräume gibt. Jugendliche müssen aus ihren Freiräumen heraus die Chance erhalten politische Forderung aufzustellen und diese in einen politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen. Bürgerbegehren bieten jungen Menschen, fern ab von etablierten politischen Strukturen, die Möglichkeit sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Sie geben ihnen die Chance sich mit inhaltlichen Fragen vor Ort auseinanderzusetzen und aktiv gesellschaftliche Probleme anzugehen.

Damit Jugendliche eine Stimme erhalten fordern wir Jusos Thüringen:

- **Die Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen damit Bürgerbegehren von Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren auf kommunaler Ebene möglich sind**
- **Eine Absenkung des Wahlalters zu Kommunalwahlen auf 16 Jahre**
- **Initiativen zur Gründung von Jugendparlamenten oder Jugendbeiräten zu unterstützen und diese in ihren Entscheidungsbefugnissen zu stärken**
- **Universität, Unternehmen und Schule sind für das Leben prägende Orte und müssen Gleichberechtigung und demokratische Mitbestimmung ermöglichen**

D5 | POLIZEIGEWALT UNABHÄNGIG UNTERSUCHEN!

Die Jusos fordern eine Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen im Einsatz und die Einrichtung einer unabhängigen Kontroll- und Beschwerdestelle für Betroffene von Polizeigewalt. Diese soll unabhängig von Polizei und Staatsanwaltschaft arbeiten und in Verdachtsfällen, selbstständig Ermittlungen einleiten. Außerdem soll die Kontroll- und Beschwerdestelle Bürger_innen beraten, wie sie sich rechtlich gegen Übergriffe von Polizist_innen wehren können. Die Beschwerdestelle verfasst jährlich einen Bericht zur Entwicklung der Polizeistraftaten in Thüringen und legt ihn dem Landtag vor.

In der Vergangenheit wurden immer wieder Fälle von Polizeigewalt publik – auch in Thüringen. Die Tatsache, dass Polizisten gegen die eigenen Kollegen ermitteln müssen, führt in der Praxis oft zu einer unzureichenden Ermittlungstätigkeit. Meistens verlaufen die Ermittlungen gegen die Täter nur schleppend. Die Beweislage ist daher oft mangelhaft. Verfahren werden nicht selten vor der Klageerhebung eingestellt. Noch seltener werden Täter verurteilt. Polizist_innen die gegen ihre Kolleg_innen aussagen sind einem großen Druck ausgesetzt. Sie fürchten sich oft vor Ausgrenzung und anderen Repressalien. Die Staatsanwaltschaft ist zwar „Herrin des Verfahrens“, ist jedoch auf eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei angewiesen. Vielen Betroffenen von Polizeigewalt ist dieser Umstand bewusst. Sie sehen sich in Fällen von Straftaten, die durch Polizist_innen begangen wurden, ohnmächtig der Staatsgewalt ausgesetzt.

Es darf keine institutionelle oder hierarchische Verbindung zwischen den ermittelnden Beamt_innen bestehen. Weiterhin müssen Ermittlungen angemessen sein. Also mit den möglichen technischen Mitteln durchgeführt werden. Sie sind ferner unverzüglich einzuleiten und müssen durch Transparenz, der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Dies ist auch die Auffassung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

D7 | REVOLUTION IN DER KOMMUNE – FORDERUNGEN DES KOMMUNALPOLITISCHEN KONGRESSES

Kommunalpolitik ist für viele engagierte Jungsozialist_innen ist Kommunalpolitik ein wesentlicher Anknüpfungspunkt für die politische Arbeit in unserem Verband. Nicht zuletzt, weil sie die Möglichkeit bietet Politik vor Ort konkret zu gestalten. Unser Anspruch ist eine aktive Rolle in diesem Prozess einzunehmen, neue Themen zu erschließen und progressive Vorschläge einzubringen. Die Kommune als Lebenswelt attraktiv zu erhalten ist für uns dabei zentral.

Kinder an die Macht!

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in unseren Kommunen nach wie vor unterentwickelt. Zwar gibt es in einigen Kreisen resp. kreisfreien Städten Kinder- und Jugendparlamente oder Kinderbüros in der Stadtverwaltung. Den Versuch einer systematischen Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen gibt es jedoch nicht. Nicht selten wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen missbraucht, um die politischen Entscheidungen der „erwachsenen“ Politik zu legitimieren. Die Mitbestimmung junger Menschen kann nicht von „oben“ erzwungen werden. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit bekommen selbst zu entscheiden, in welcher Art und Weise sie sich einbringen wollen. Parlamentarische Strukturen sind nur selten der Weg, den auch Kinder und Jugendliche wählen.

Nicht zuletzt muss Partizipation auch Wirkung entfalten. Wenn Kinder und Jugendliche sich einbringen, ihre Vorstellungen und Ideen umsetzen wollen, dann müssen sie auch die Erfahrung machen, dass sie damit erfolgreich sein und sich gegen andere durchsetzen können. Es geht um mehr als ein anhören, Kinder und Jugendliche sind in der Lage Entscheidungsprozesse selbst zu gestalten, wo sie die Unterstützung der „Älteren“ brauchen, sollen sie diese bekommen, ohne dass versucht wird Einfluss auf ihre Entscheidungen zu nehmen.

Wir setzen uns für eine konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unseren Kommunen ein. Wo es lokale Initiativen junger Menschen gibt, sehen wir unsere Aufgabe darin diese zu unterstützen und zu fördern. Kinder und Jugendliche haben ihre eigenen Regeln. Wir wollen uns darauf einlassen und auf sie hören – als Expert_innen ihrer Lebenswelt.

Kulturpolitik ist mehr als Philharmonie, Museen und Schlösser!

Kultur bestimmt sich nicht durch eine Mehrheit sondern erreicht ihre Vielfalt durch eine Mehrheit von vielen Minderheiten. Kultur ist ebenso kein statischer Begriff und lebt von seiner Dynamik und sich einer ständig ändernden Umwelt.

Diesen Gegebenheiten und Anforderungen muss die Kulturfinanzierung von Land und Kommunen standhalten. Das Land Thüringen und viele Kommunen haben hierbei eine höchst ungleiche Finanzierung zwischen Hochkultur und ehrenamtlicher Breitenkultur. Während mit Philharmonien, Theatern und Museen der Lokalpatriotismus gepflegt und die kulturelle Hochwertigkeit seiner Region gepriesen wird, gilt bspw. die Soziokultur noch heute als Randkultur. Dabei ist gerade die Soziokultur, geprägt durch verschiedenste gesellschaftliche Gruppen als Bürgerkultur zu verstehen.

Wer Kultur als dynamisch und nicht dauerhaft versteht muss unter diesen Umständen seinen Finanzierungsschlüssel jederzeit hinterfragen. Damit die notwendige Förderung von unterschiedlichen, ehrenamtlichen Bürgerkulturen nicht dem Erhalt von regionalen und traditionellen Prestigeobjekten geopfert wird, fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen und Träger_innen eine langfristige Strategie über die Entwicklung und zukünftige

Struktur der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft zu entwickeln. Eine oktroyierte Staatskultur lehnen wir ab!

Offen und vernetzt – Regionale Bildungslandschaften stärken!

Um in der heutigen Welt gute Bildung für alle vorhalten zu können, reicht das bloße vermitteln schulischen Wissens längst nicht mehr aus. Vielmehr muss auf unterschiedliche soziale, kulturelle und gesellschaftliche Bedürfnisse Rücksicht genommen werden. Dies kann Schule allein nicht leisten.

Gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, sozialen Einrichtungen und Verwaltung muss innerhalb der Kommunen mehr Vernetzung stattfinden - nur so können verschiedene Defizite der Kinder und Jugendlichen erfolgreich behoben werden. Nur so ist es möglich alle mitzunehmen.

Derzeit gibt es Überlegungen die Vernetzung des Sozialraumes durch die Kommunalisierung der Horte voranzutreiben. Die Jusos Thüringen unterstützen das Anliegen der Vernetzung vollkommen, jedoch ist der Weg fragwürdig: weder finanzielle Folgen sind geklärt, die fachliche Aufsicht ist nicht bestimmt und die Zukunft der Beschäftigten nicht gesichert.

Wir Jusos fordern daher die Landesregierung auf, die Einheit von Schule und Hort nicht aufzubrechen und Ganztagschulen voranzubringen, um wirkliche Vernetzung mit dem Sozialraum zu verwirklichen.

Die Öffnung von Schule und die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, Vereinen und Verbänden vor Ort sind zentral für ein gelingendes Bildungssystem. Zu klären sind dabei aber nicht nur die Fragen der Kooperation, sondern auch die Finanzierung regionaler Bildungslandschaften

NACHHALTIGKEIT

E1 | ENERGIEPOLITISCHES KONZEPT DER JUSOS THÜRINGEN

Ein Jahrhundert des ungebremsten Wachstums liegt hinter uns. Weltweit sind deren Auswirkungen in Umwelt und Gesellschaft zu spüren. Ermöglicht wurde die Prosperität erst durch die Ausbeutung der Energieträger Öl, Kohle, Gas und Uran. Diese Epoche läuft absehbar auf ihr Ende zu. Treibhauseffekt, Klimaerwärmung und Ressourcenausnutzung sind folgenreiche Erscheinungen der Industrialisierung.

Wir Jungsozialisten in Thüringen wollen mit unserem Energiekonzept Ideen und Anreize für eine Zukunft ohne fossile Energie geben. Ziel soll es sein, Wege zu gehen, ganzheitliche Probleme mit Instrumenten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe begegnen zu können. Hierzu bieten neuen Technologien und unbegrenzt vorhandene erneubaren Energien vielversprechende Chancen.

Durch die gewaltigen Herausforderungen des globalen Klimawandels ist es unser aller Pflicht die Treibhausgasemission in Deutschland bis 2020 um mind. 40% zu senken. Bis 2050 muss eine Reduktion von 80% in allen Industrieländern erreicht sein, um Klimatische Verschiebungen und Naturkatastrophen auf der Erde zu verhindern.

Die Energiewende ist in Deutschland beschlossene Sache. Bis 2022 werden alle Kernkraftwerke vom Netz genommen. Unser Ziel ist es, Thüringen mit Wärme und Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Dies wirft die Frage auf, wer mit welchen Instrumenten welchen Beitrag zu dieser Energiewende leisten kann.

Im folgenden Konzept werden wir Wege aufzeigen, wie Thüringens energiepolitische Zukunft aussehen könnte. Es handelt sich dabei um kein geschlossenes Szenario, sondern um ein Prozess den wir gemeinsam gestalten wollen. Es liegt an uns!

Abhängigkeiten

Woher kommen der Strom aus der Steckdose, das warme Wasser aus der Leitung und die Wärme der Heizung? Thüringen ist in Sachen Energieversorgung doch eher „ölschwarz“, denn es hat eine der größten Energieimportraten bundesweit. So werden fast 2/3 des Strombedarfs vom Import aus anderen Ländern und Bundesländern, meist durch fossile Energieträger, gedeckt.

Das schwarze Gold und seine Freunde, spülen nicht nur den Förderländern Geld in die Kasse, es trägt auch dazu bei, in Europa Monopole zu erhalten und auszubauen. Auch findet man Öl und Gaserzeugnisse in einem Großteil unserer Alltagswelt, im Verkehr und Industrie vor. So ist es kaum verwundernswert, dass die vorhandenen energiepolitischen Strukturen alternativlos erscheinen.

Jedoch lassen diese massiven Abhängigkeiten Zweifel aufkommen dass der Gemeinschaftszweck der Versorgungssicherheit noch zu gewährleisten ist. Entscheidend zur Lösung dieser Problematik sind direkt wir Verbraucher, denn fast ein Drittel des Strombedarfs wird von uns benötigt.

- Ziel sollte es langfristig sein, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien und durch regenerative, dezentrale Energie Thüringen aus natürlichen Ressourcen zu versorgen

1. Atommüll-Endlagerung

In der Bundesrepublik Deutschland fallen pro Jahr etwa 400t hochradioaktiven Abfalls an; weltweit sind es nach Angaben der World Nuclear Association ca. 12.000t. 2008 betrug die Gesamtmenge des bis dahin allein in Deutschland bereits produzierten Atommülls rund 2000 m³. Trotz derartiger Zahlen existiert weder in der Bundesrepublik noch an irgendeinem anderen Ort ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Derzeit werden Abfälle aus der Kernspaltung zunächst in sogenannten Abklingbecken innerhalb der Reaktorsicherheitsbehälter gelagert, in denen sie von 400°C auf 200°C abkühlen. Allein dieser Vorgang dauert etwa 20 bis 30 Jahre. Anschließend werden diese in oberirdischen Hallen zwischengelagert. Dies ist beispielsweise in Ahaus und Gorleben der Fall.

Die meisten Nuklide der einzulagernden Spaltprodukte wie beispielsweise Cäsium Technetium oder Iod besitzen Halbwertszeiten zwischen 100 und 200.000 Jahren. So beträgt zum Beispiel die Halbwertszeit des Cäsium-Nuklid 135Cs eine Halbwertszeit von 2,3 Mio. Jahren. Die Strahlung ist nach dieser Zeit lediglich auf 50 % abgeklungen ist. Folglich müssten hochradioaktive Abfälle über einen sehr langen Zeitraum sicher eingelagert werden. Dieser Zeitraum würde das momentane Alter der Spezies Homo Sapiens, welche seit ca. 150.000 Jahren existiert, weit übersteigen. Dies soll die Dimension der Herausforderungen eines Endlagers für Atommüll illustrieren.

An einen Standort für ein zukünftiges Endlager sind enorme Anforderungen gestellt, denn er müsste die radioaktiven Abfälle für mindestens 1 Mio. Jahre sicher aufbewahren können. Um einen Austritt von Radioaktivität zu vermeiden, müsste das Endlager luft- und wasserdicht sein. Derzeit werden drei Geologische Formationen diskutiert, von denen angenommen wird, dass sie den genannten Kriterien am ehesten gerecht werden können. Hierbei handelt es sich um Steinsalz-, Ton- oder Granitlagerstätten. Doch wie sicher sind die genannten Formationen tatsächlich? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

a) Salzstöcke

Die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in einem Salzstock ist zumindest in Deutschland die derzeit bevorzugte Variante. So wird aktuell lediglich der Salzstock in Gorleben auf seine Eignung als Endlager geprüft. Salz umschließt den Atommüll relativ gut und minimiert somit das Risiko austretender Strahlung. Salz gilt als ausgesprochen hitzeresistent, was angesichts der Oberflächentemperatur der Behältnisse von bis zu 200°, einen Vorteil darstellen würde. Allerdings bestehen bei der Einlagerung radioaktiver Abfälle in Salzstöcken das Risiko, dass sich das Salz bei Kontakt mit Wasser auflöst, wodurch Wasser in das Atommüllendlager eindringen könnte. Ein solcher Prozess ist in dem Forschungsbergwerk Asse zu beobachten. Hier dringen durch Hohlräume täglich etwa 12.000l Salzlake ein. Da die Salzlake eine Gefahr für die Behältnisse mit den radioaktiven Abfällen darstellt, müssen diese nun in einem kostspieligen Rückholverfahren aus der Asse geborgen werden. Die dabei Anfallenden Kosten tragen Bund und Länder, also letztendlich die Steuerzahler.

Ein derartiges Szenario wäre auch für Gorleben nicht mit absoluter Sicherheit auszuschließen. Desweiteren geht aus Akten, welche die Umweltorganisation Greenpeace an die Öffentlichkeit gebracht hat, hervor, dass sich bei Gorleben Gasvorkommen befinden, welche möglicherweise in den Salzstock eindringen könnten. Dieses Gas könnte sich bereits bei 20°C entzünden, was angesichts der Tatsache, dass die Atommüllbehälter eine Temperatur bis zu 200°C haben können ein nicht zu verantwortendes Risiko darstellt.

Angesichts der aufgezeigten vielfältigen Risiken wird deutlich, dass Salzstöcke keineswegs die zuvor genannten Kriterien für einen sicheren Standort eines Endlagers für radioaktive Abfälle erfüllen. Es muss daher nach Alternativen gesucht werden.

b) Ton

Eine dieser Alternativen könnten Tonvorkommen darstellen. Ton gilt im Gegensatz zu Salz als wasserdicht. Hiermit wäre ein wesentlicher Nachteil der Salzstöcke nicht gegeben. Allerdings leitet Ton Wärme nicht in Gleichem Maße ab wie Salz, wodurch sich angesichts der hohen Temperatur der Behältnisse ein neuerlicher Nachteil ergibt. Desweiteren gilt Ton in tieferen Erdschichten als weniger stabil. Demzufolge könnten sich Risse bilden, wodurch das Kriterium der Dichtigkeit nicht länger erfüllt wäre. Auch Tonvorkommen scheiden also als mögliche geologische Formation für ein Atommüllendlager aus.

c) Granit

Eine dritte Variante einer für ein Endlager für radioaktive Abfälle geeigneten geologischen Formation stellen Granitvorkommen dar. Dabei ist, dass Granit als außerordentlich stabil gilt, was tatsächlich der Fall ist. Allerdings hat sich gezeigt, dass innerhalb von Granitvorkommen natürliche Risse und Fugen in den Gesteinsformationen existieren, welche mit zusätzlichem Aufwand und Kosten abgedichtet werden müssten. Folglich kann im Falle von Granit ebenso wie im Falle von Ton die Dichtigkeit nicht gewährleistet werden. Auch diese geologische Formation scheidet demnach für ein mögliches Atommüllendlager aus.

Fazit

Wie aus den vorangegangenen Passagen zu entnehmen ist, existiert derzeit kein zufriedenstellendes Endlager für die radioaktiven Abfälle.

Welche Handlungsoptionen bleiben? Zunächst einmal sollte ein möglichst rascher Ausstieg aus der Kernspaltung umgesetzt werden, sodass die Menge des Abfalls erheblich begrenzt werden kann. Doch auch dies löst weder die Probleme, welche sich aus den vorhandenen radioaktiven Abfällen ergeben, noch solche welche aus dem bis zu einem vollständigen weltweiten Atomausstieg anfallenden Atommüll resultieren.

Den entschiedenen Schritt zu Mehr Handlungsoptionen sehen wir, im Neustart der Suche nach potentiellen Lagerstätten. Es ist fatal das zum einen der Radioaktive Abfall über verschleierte Wege im entfernten Ländern verschachert werden soll, zum anderen in der Bundesrepublik nur eine Endlagerstätte exploriert wird. Gorleben, das hat sich bereits in den 1980er Jahren gezeigt, kann nicht die Alternative sein. Es ist deshalb wichtig, Bundesweit die Endlagerfrage neu zu stellen und Aktiv anzugehen.

2. CCS Technologie

Eine weitere Form der Endlagerung stellt die sogenannte CCS-Technik dar, wobei das Kürzel CCS für „Carbon Dioxide Capture and Storage“ steht. Hierbei handelt es sich folglich nicht um die Endlagerung radioaktiver Abfälle sondern um die Abscheidung und Endlagerung von CO² in unterirdischen Gesteinsschichten. Diese Technologie soll insbesondere bei Kohlekraftwerken zum Einsatz gebracht werden, um diesen ein klimafreundlicheres Antlitz zu verleihen. Der Terminus „Endlagerung“ ist in diesem Kontext übrigens keinesfalls unangebracht. Unter anderem hat der inzwischen leider verstorbene SPD-Umweltexperte Hermann Scheer die CCS-Technik als solche bezeichnet. Letztlich geht es auch hier darum, Abfallprodukte einer bestimmten Form der Energiegewinnung als klimaschädliche Treibhausgase unschädlich zu machen.

Die Risiken der CCS-Technologie sind bis dato jedoch kaum erforscht. Im Übrigen zu Recht wird kritisiert, dass nach einer Frist von lediglich 30 Jahren die Haftung für die CO²-Endlagerstätten von den Energiekonzernen auf den Bund übergeht, obwohl besagte CO²-Endlagerstätten ähnlich wie solche für radioaktive Abfälle über mehrere Jahrtausende halten müssen. Im Übrigen würde hierdurch auch der Ausbau regenerativer Energien behindert, da für diese ein dezentrales Stromnetz geschaffen werden müsste, wohingegen Großkraftwerke, zu welchen Kohlekraftwerke zählen, ein zentralisierteres Stromnetz benötigen. CCS würden somit die Marktdominanz der großen Stromerzeuger erhalten. Die CCS-Technik wäre abgesehen von den noch nicht hinreichend erforschten Risiken und den daraus möglicherweise

resultierenden Folgekosten für den Bund auch unvereinbar mit einem nachhaltigen auf regenerativen Energieträgern basierenden Energiekonzept.

Die Jusos Thüringen lehnen somit die CCS-Technologie ab.

Alternativen

Verkehr + Mobilität

Mobilität bestimmt viele Bereiche unseres Alltags. Die Verkehrsinfrastruktur und -technik ist jedoch den aktuellen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und der ganzen Welt nicht gewachsen. Aus sozialer und ökologischer Sicht ist deshalb ein zukunftsweisender Umbau von Infrastruktur wie auch die Umstellung von Mobilitätsgewohnheiten gefragt. Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig muss jede/r Einzelne/r seinen/ihren Beitrag zu einer klimaschonenderen Mobilität leisten.

In Deutschland ist der Verkehrssektor für rund ein Fünftel der Treibhausgas- Emissionen verantwortlich. Technologien zu deren Reduktion stehen zur Verfügung. Das Land ist verpflichtet, auch wegen seiner Vorbildfunktion, sie einzusetzen. Wir fordern bei Neuanschaffungen den Einsatz von Fahrzeugen mit begrenztem CO₂-Ausstoß vorzuschreiben. Neu zu beschaffende Fahrzeuge der Länder und Gemeinden müssen

1. elektrogetrieben oder
2. biogas- oder biokraftstoffbetrieben (Biogas, Biodiesel, Pflanzenöl, Bioethanol (aus nachhaltiger Produktion) oder
3. einen Wasserstoffantrieb besitzen.

Steuer- und Förderungsinstrumente des Verkehrs müssen so ausgestaltet werden, dass eine ökologische Lenkungswirkung entsteht. Aus sozialer und ökologischer Sicht ist ein zukunftsweisender Umbau von Mobilitätsinfrastruktur wie auch die Umstellung von Mobilitätsgewohnheiten gefragt. Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig muss jede/r Einzelne/r seinen/ihren Beitrag zu einer klimaschonenderen Mobilität leisten.

Der Leitgedanke einer zukunftsfähigen Mobilität ist der Schritt vom privaten Kraftfahrzeug hin zur ressourcenschonenden Inanspruchnahme von Mobilität. In Deutschland leben etwa 60% der Bevölkerung in Städten. Gerade hier kann durch Bus, Bahn, Carsharing, Leihfahrräder und deren intelligente Kombination bedarfsgerechte Mobilität umgesetzt werden. Sobald intelligente Mobilitätskonzepte für alle erschwinglich und erreichbar sind, wird das eigene Auto überflüssig. Das öffentliche Verkehrssystem Bus und Bahn muss aus Gründen der ressourcenschonenden Nachhaltigkeit stets Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben. Dafür müssen Nah- und Fernverkehr attraktiv gestaltet und intelligent miteinander verknüpft werden. Schnelle Verbindungen, günstige Preise und ein guter Service stehen dabei im Vordergrund. Busse und Bahnen, gerade in ländlichen Gegenden, dürfen nicht weiter zurück-, sondern müssen im Gegenteil massiv ausgebaut werden.

Lebenswerte Städte – Verkehrsfreundliches Land

Die autozentrierte Stadtplanung muss zugunsten einer lebenswerten Stadt aufgegeben werden, in der alle alltagsrelevanten Ziele zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV erreichbar sind. Dazu ist die Einrichtung autofreier Innenstädte notwendig. Das antiquierte Stadtmodell darf nicht als „Exportmodell“ für Entwicklungs- oder Schwellenländer dienen. Intelligente Modelle der Verkehrsorganisation und gesunde Mobilität müssen an die Stelle von tempoorientiertem Verkehr treten. Bei der Neustrukturierung von ländlichen Räumen spielen Möglichkeiten wie Leihfahrräder, Sammeltaxis, Carsharing und andere flexible Lösungen die zentrale Rolle. Desweiteren sollte die Radinfrastruktur ausgebaut und verbessert werden.

Elektromobilität: Elektromobilität ist ein wichtiger Bestandteil des zukünftigen öffentlichen Personen Nah- und Fernverkehrs sowie des motorisierten Individualverkehrs. Elektro-Prototypen und vereinzelte Serienmodelle der Automobilkonzerne dürfen aber nicht als Ablenkung für die Verpflichtung zur notwendigen Verbrauchssenkung bei den Verbrennungsmodellen dienen. Erneuerbare Energien und Elektroautos gehören zusammen, denn nur mit Ökostrom ergeben Elektroautos Sinn und umgekehrt

können sie als Speicher für fluktuierende Erneuerbare Energien dienen. Mit fossilen Energieträgern betriebene Elektroautos sind keine Lösung, sondern verschieben das Problem. Die Forschung und der Markteintritt von Elektroautos müssen nach dem Vorbild des Gesetzes für den Vorrang erneuerbarer Energien staatlich gefördert werden.

- Mobilität muss für jeden Menschen unabhängig von Alter, körperlicher Fitness und finanzieller Situation möglich sein. Die Verteuerung der klimaschädlichen Verkehrsmittel kann natürlich eine ausschließende Wirkung gerade für sozial Schwächere haben. Dieser Widerspruch besteht und muss im Blick behalten und kompensiert werden. Wir Jusos setzen uns für eine ökologische, klimafreundliche und gerechte Mobilität ein, die bezahlbar und in allen Regionen gleichermaßen vertreten ist.

Vorrang und Gewinnung erneuerbarer Energien in Thüringen

Erneuerbare Energien sind bisher in Thüringen noch nicht von vorrangigem öffentlicher Belang. Vielfach steht der Raumbedarf Erneuerbarer Energien in Konkurrenz zu anderen Interessen und Rechtsgütern.

Diese Konflikte werden gegenwärtig von Landes- und Kommunalbehörden und Gerichten häufig zulasten der Erneuerbaren Energien entschieden. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt in Thüringen gegenwärtig bei 10,5 %¹ im Bundesdurchschnitt jedoch schon bei 16,5 % am Strommarkt.

Das Erneuerbare-Energie-Gesetz hat es bereits fixiert, einen gesetzlichen Vorrang für erneuerbare Energie zu schaffen: Herausforderung der Zukunft ist es, die erneuerbaren Energien in die Energienetze zu integrieren.

Es besteht noch keine Marktgleichheit für unterschiedliche Energietechniken. Es gelangen erst durch Marktgleichheit mehr Anbieter regenerativer Energie an den Strommarkt. Wir wollen keine Subventionierung von reg. Energie sondern mit der garantierten Einspeisevergütung von Energie aus regenerativen Quellen wird überhaupt erst Marktgleichheit hergestellt. Durch das EEG wird eine Kaufpflicht der Energiewerke von eingespeistem Ökostrom aufgrund öffentl. Interesses sichergestellt. Viele dezentrale Kleinspeiser schaffen eine neue Marktsituation gegen über den 4 konventionellen Großspeisern von Energie(EnBw, Vattenfall, Eon und RWE).

Erneuerbare Energien hatten bis vor kurzem noch eine additive Rolle im Gesamtenergiesystem. Die fortschreitende technische Entwicklung und der stets breiter werdende Einsatz von Techniken zur Nutzung Erneuerbarer Energien hat jedoch zwischenzeitlich gezeigt, dass diese Energien das Potenzial besitzen, die Regel anstatt die Ausnahme zu werden. Zurzeit schaffen es die Erneuerbare Energie noch nicht einen relevanten Anteil an der Deckung der Grundlast zu erreichen. Um eine schnelle Umsetzung dieses Zielen zu ermöglichen ist die effiziente Nutzung der vorhandenen Kapazitäten wichtig. Die Schaffung und der Ausbau von einer besseren elektronischen Koordinierung, die sogenannten virtuellen Kraftwerke, bieten hierfür realitätsnahe Ansatzpunkte.

Des Weiteren fordern wir:

- Eine vollständige Ersetzung atomarer und fossiler Energien in der Stromerzeugung sowie bei baulichen Maßnahmen durch Erneuerbare Energien
- die maximale Ausnutzung natürlicher Ressourcen, wie Tageslicht und Regenwassers. Die gesetzliche festgeschriebene Beendigung der Kernenergienutzung soll dabei ohne Rückgriff auf fossile Energiequellen, auch nicht als Zwischenlösung (durch die CCS-Technologie), außer es handelt sich um Kraft-Wärme-Kopplung, durchgeführt werden.
- Es sollen verlässliche Rahmenbedingungen für eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung geschaffen werden, die insbesondere die Errichtung von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien begünstigen.
- Die Landwirtschaft soll im Hinblick auf die energetische Verwertung von Reststoffen und des nachhaltigen Anbaus von Energiepflanzen fortentwickelt werden.

¹ Studie zur Situation Erneuerbarer Energie in Thüringen 2011, Institut für Geographie AG Nachhaltigkeit, Dr. Martin Gude

- Die Möglichkeiten zur energetischen Verwertung von Biomasse, insbesondere von organischen Abfällen aus Haushalten und der Land- und Forstwirtschaft, sollen ausgeschöpft werden.
- Gesetzgeberisches Ziel der Raumordnung soll die Ausweisung von ausreichend Thüringer Landesfläche in den Regionalplänen als Vorranggebiete für Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien sein. Dabei sind in den Regionalplänen Vorranggebiete für die Nutzung reg. Energien auszuweisen (Bsp. Hessen: 1,5 % der Landesfläche)
- Die Ziele dienen der geordneten Beendigung der Kernkraft, dem Klima- und Ressourcenschutz, dem Schutz der Gesundheit und der natürlichen Umwelt, dem sparsamen Einsatz von Wasser in den Haushalten, der industriellen Förderung des Einsatzes neuer Energietechniken, der Überwindung von Energieabhängigkeit durch Nutzung nachhaltig verfügbarer heimischer Erneuerbarer Energien, der Dezentralisierung der Energieumwandlung und damit der Förderung kommunaler und lokaler Wirtschaftsentwicklung sowie insgesamt der dauerhaften Sicherung einer ausreichenden und preisgünstigen Energieversorgung

Potentialerfassung regenerativer Energie

Eine effektive und breitflächige Nutzung des technischen Potenzials Erneuerbarer Energien ist nur dann möglich, wenn dies landesweit systematisch erfasst wird. Dafür zu erstellende Kataster und Verzeichnisse regenerativer Energien bieten insbesondere Anlagenbetreibern einen schnellen und unkomplizierten Überblick über mögliche Standorte, die die Gewinnung von Solar-, Wind- und Bioenergie überhaupt ermöglichen. Die Landesregierung soll das technische Potenzial Erneuerbarer Energien nach dem Stand der Erkenntnisse und der Erzeugungs- und Umwandlungstechniken dauerhaft ermitteln und (online) öffentlich zugänglich machen.

Dies ist Wirtschaftsförderung im besten Sinne und ein Standortvorteil für Thüringen, da die meisten Unternehmen, Genossenschaften und Kleinspeiser im Bereich der Erneuerbaren Energien im Wachstum begriffen sind und das Bundesland daran partizipieren kann, wenn es so optimierte Investitionsbedingungen schafft.

- Der bestehende Umweltatlas Thüringen ist für den hier beschriebenen Zweck in keiner Weise ausreichend und geeignet. Die Fortschreibung wird in der Regel eine dauerhafte Aufgabe sein, deren Ergebnisse halbjährlich oder jährlich in die Neuauflage der Kataster und Verzeichnisse eingearbeitet werden. Der zeitliche Abstand der Neuauflagen richtet sich nach der Anzahl der Veränderungen. In der Regel sollten in einem Verzeichnis nicht mehr als 5 Prozent veraltete Daten enthalten sein.
- Das Landeskataster für Erneuerbare Energien soll
 - a) in Kommunalverwaltungen und Landratsämtern öffentlich zugänglich,
 - b) halbjährlich veröffentlicht und
 - c) im Internet dauerhaft aktualisiert werden.

1. Für die Ermittlung des **Wasserkraftpotenzials** in Thüringen sind in einem Wasserkataster reaktivierbare frühere Wasserkraftwerke und bestehende Querverbauungen in den Fließgewässern aufzuführen: Im Jahre 2005 wurde ein Forschungsbericht im Auftrag des Bundesumweltamtes veröffentlicht, der zum Ziel hatte, ein bundesweites Kataster von Querverbauungen in Fließgewässern zu erstellen („Bundesweites Kataster der ökologisch wirksamen, funktional differenzierten Querverbauungen der Fließgewässer“, September 2005). Ergebnis dieses Berichtes nach 4 Jahren war, dass „keine detaillierte Erfassung von Querbauwerken“ existiert – insbesondere Daten über Wasserkraftanlagen, so die Verfasser der Studie, lägen gar nicht oder in sehr veralteter Form vor.

Diesen Mangel an Daten, der sich zwangsläufig auf die Nutzung des Wasserkraftpotenzials negativ auswirken muss, soll ein in Thüringen einzuführendes Wasserkraftkataster beheben. Es erfasst zuvorderst Wasserkraftwerke, die noch bestehen, aber nicht mehr zur Stromerzeugung genutzt werden. Darüber hinaus sollen auch alle weiteren Querverbauungen lagegenau erfasst werden. Damit verbunden ist eine qualitative Einstufung dieser Bauwerke, ob durch den Einsatz einer Wasserkraftanlage ihre Durchlässigkeit erhöht würde und der Bau einer Fischtreppe möglich wäre, beispielsweise auch Anlagen, die an

Bootsstegen angebracht werden und das durchströmende Wasser im Ufernabebereich zur Stromerzeugung nutzbar wäre.

2. Für die Ermittlung des **Windkraftpotenzials** in unterschiedlichen Nabenhöhen ist ein Windatlas zu erstellen, unter Berücksichtigung ausreichender Abstandsflächen zu Wohnbebauungen, sowie dem Potenzial des Einsatzes von kleinen Windkonvertern in bebauten Gebieten. Die gemeindliche Bauleitplanung hat durch Ausweisung in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen dafür Sorge zu tragen, dass Vorranggebiete für die Windenergienutzung bestmöglich bereitgestellt werden.

Die Empfehlungen der Gemeinden und Städte für Vorranggebiete für Windkraftanlagen sollen in Raumordnungspläne verzeichnet werden und öffentlich bei der IHK, der Energieberatung und Genossenschaftstagen ausliegen.

Es bietet sich an, bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen die Windkraftpotenziale entlang der Autobahnen, Bundesfernstraßen und Eisenbahnstrecken zu nutzen, da hier das Landschaftsbild ohnehin schon durch das Trassenbauwerk verändert wurde, sowie diese ggf. in Gewerbe- und Industriegebieten anzusiedeln. Der naturästhetische Eingriff ließe sich dadurch minimieren. Hinzu kommt, dass Bündelungs- und Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Infrastrukturen – besonders der Straßen- und Schienenwege sowie der Stromleitungen - genutzt werden können. So lässt sich beispielsweise der Randbereich oder der Mittelstreifen der Fahrbahntrasse auch als Trasse für Erdkabel zum Stromtransport verwenden.

Aus diesem Grund ist speziell bei der Windkraft, die am häufigsten von allen Erneuerbaren Energienutzungen in Konflikt mit dem Landschaftsschutz gebracht wird, eine entsprechende Neugewichtung im Rahmen der Gesamtabwägung vorzunehmen. Ihr zufolge sind die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes gleichrangig mit den Belangen des Klimaschutzes durch Nutzung regenerativer Energien zu bewerten.

Windkraft nimmt derzeit durch Offshore-Windkraftanlagen und Onshore-Windkraftanlagen den größten Anteil bei der Erzeugung von regenerativer Energie ein. Prognostizierter Anteil bis zum Jahr 2050 sind 347 Terrawattstunden als Potenzial zur Deckung von 100% der Gesamtenergieversorgung in Deutschland.²

3. Für das technische **Potenzial an Solarer Strahlungsenergie** ist ein Kataster sowohl für Solarthermie(Nutzung zur Wassererwärmung) als auch für Photovoltaik (Nutzung zur Stromerzeugung) zu erstellen. Dieses Verzeichnis soll das Potenzial der nach dem Sonnenverlauf zur Energiegewinnung geeigneten Dach- und Fassadenflächen und Freiflächen erfassen unter Berücksichtigung der jeweiligen solaren Strahlungsintensität. Die technischen Möglichkeiten zur gebäudegenauen Erfassung der Dachflächen und ihres solarenergetischen Potenzials stehen inzwischen zur Verfügung und sind bereits erfolgreich eingesetzt worden: Die Bewertung und Ausweisung der einzelnen Dach- und Freiflächen erfolgt mittels Einsatz eines sogenannten Airborn-Laser-Scanners. Mit seiner Hilfe werden von einem Flugzeug aus Gebäude- und Landschaftsoberflächen optisch vermessen und Höhen- und Verschattungsinformationen geliefert. Diese Daten werden dann mit Liegenschaftskarten verschnitten.

Hierdurch können im Ergebnis alle Gebäude und Flächen selektiert werden, die sich für die Nutzung von Photovoltaik – und Solarthermieanlagen eignen. Die Stadt Osnabrück hat ein solches Projekt bereits beendet³[3] und stellt ihren Bürgern seitdem eine Karte zur Verfügung, auf der sich für jedes Dach das Solarenergiepotenzial ablesen lässt. Braunschweig und Gelsenkirchen beginnen dies gerade.

4. Zur Gewinnung von natürlicher Wärmeenergie aus der Erdkruste sind für die geothermische Nutzung sind die **Potenziale der Tiefengeothermie** in Thüringen sowie der oberflächennahen Geothermie und zu erfassen. Hierbei ist zu prüfen, ob geothermische Kraftwerke in Thüringen sinnvoll wären.³ Die Geothermie besitzt grundsätzlich das Potenzial, ein Viertel des gegenwärtigen Stromverbrauchs und ein Viertel des Wärmebedarfs durch Wärmepumpenheizungen in Deutschland abzudecken. Sie ist nahezu unerschöpflich und an fast allen Standorten messbar. Sie eignet sich insbesondere zur Gebäudebeheizung. Ausgeschöpft ist davon bisher nur ein Bruchteil v.a. in Gebieten mit hoher Tiefen-Wärmestromdichte (Schwäbische Alb, Schwarzwald, Oberrheingraben, Vulkaneifel). Der prognostizierte Anteil von Geothermie an der

² (FTD 8.7.11)

³ Geothermische Kraftwerke zur Stromerzeugung aus Erdwärme gibt es bereits in Kalifornien + Island

Gesamtenergieerzeugung in Deutschland liegt bei 22 Terrawattstunden. Das zu erstellende Verzeichnis soll die Potenziale der Tiefengeothermie im Land aufzeigen und die Standortsuche für Investoren und Interessenten erleichtern. Da bei der Tiefengeothermie neben der Wärmegewinnung auch Stromerzeugung möglich ist, ist dies bei der Erfassung zu berücksichtigen und bei den geeigneten Standorten auszuweisen.

Für die oberflächennahe Geothermie ist ebenfalls das Potenzial zu ermitteln und in geeigneter Weise auszuweisen. In Nordrhein-Westfalen bietet das Land über seinen geologischen Dienst einen sogenannten Standortcheck im Internet an. Hier kann jeder Hausbesitzer abfragen, ob auf seinem Grundstück oberflächennahe Geothermie (z.B. bis in einer Tiefe von 1 Meter im Erdboden) effizient nutzbar ist oder nicht. Unter Berücksichtigung der technischen und rechtlichen Machbarkeit wurde für Nordrhein-Westfalen ermittelt, dass rund 70 Prozent der Landesfläche für eine oberflächennahe geothermische Nutzung grundsätzlich geeignet sind. Für die restlichen Flächen gelten Einschränkungen, die eine Nutzung überwiegend nicht möglich erscheinen lassen oder gar grundsätzlich unmöglich machen.

5. Für die Gewinnung von Bioenergie ist hinsichtlich Biogasgewinnung das Potenzial an

a) energetisch nutzbaren organischen Abfällen (aus Küche, Mast und Industrie)

b) landwirtschaftlicher Biomasse

- Ölsaaten (Raps)
- aus Feld- und Viehwirtschaft (Gülle, Mist, Verwurfsgetreide, Druschabfälle)
- aus der Bewirtschaftung von Grünland (Stroh , Heu, Silage)
- aus nachhaltiger Forstbewirtschaftung (Rinde, Zellstoffe, Säge- und Holzabfälle)
- aus stillgelegten landwirtschaftlichen Anbauflächen (Ackerholz + Grünschnitt), sowie

c) dem Zwischenfruchtpotenzial anhand der Bodenqualität der Feldwirtschaft zu ermitteln. Dies soll dazu führen, das vielfach noch nicht genutzte energetische Potenzial von Biomasse aus Abfällen der Haushalte, Landwirtschaft und Industrie gezielt und möglichst erschöpfend energetisch verwertet wird.⁴

Da für den Zwischenfruchtbau je nach Bedarf und Jahreszeit verschiedenen Pflanzen in Frage kommen, wird klargestellt, dass hier nur diejenigen zur Biogasgewinnung erfasst werden sollen, die ohne den Einsatz von Gentechnik angebaut werden und mit möglichst geringem Düngemittel- und Pflanzenschutzbedarf auskommen. Im Zwischenfruchtbau wird je nach Art der Pflanze gelegentlich eine sogenannte Andüngung (Gülle) durchgeführt.

Bei der energetischen Verwertung von Biomasse, wie auch bei der Herstellung von Biotreibstoffen fallen vielfach Nebenprodukte, sogenannte Kuppelprodukte an. Beim Rapsöl ist dies beispielsweise der Presskuchen, beim Biodiesel Rohglycerin und beim Biomethan sind dies Gärreste. Diese Produkte besitzen einen eigenen energetischen Wert und können gegebenenfalls verkauft werden. Diese wirtschaftliche Zweit- und Drittverwertungsmöglichkeit soll bei der Erfassung des Biomassepotentials mit berücksichtigt werden. Insbesondere ist die Biomasse zu erfassen, die für die Biogasgewinnung verwendbar ist. Der prognostizierte Anteil von Biogas an der Gesamtenergieversorgung in Deutschland bis 2050 liegt bei 11 Terrawattstunden.

In Thüringen sind lt. Thür- Landesamt für Landwirtschaft 200 Biogasanlagen möglich und sinnvoll. Sie eignen sich besonders als Blockheizkraftwerke zur Herstellung von Strom und lokaler Wärmeversorgung. Nachteil ist, dass die Nutzung dieser regenerativen Energieform CO² freisetzt.

6. Energiespeicherung

Ein wichtiger Faktor beim Einsatz Erneuerbarer Energien ist ihre Speicherefähigkeit.

⁴ Die Erfassung der Biomasse aus organischen Abfällen beschränkt sich auf jene Stoffe, die nach der Biomasseverordnung (Verordnung über die Erzeugung von Strom aus Biomasse vom 21. Juni 2001 (BGBl. I 2001 S. 1234), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. August 2005 (BGBl. I S. 2419)) als Biomasse anerkannt sind.

Da Sonnenschein und Wind nicht zu jeder Zeit verfügbar stehen, werden gut ausgebaute Stromnetze und -speicher benötigt. Die Speicher fangen die überschüssige Energie auf, um sie bei entsprechender Nachfrage wieder abzugeben.

Zahlreiche Speichertechnologien würden sich für diesen Zweck anbieten – allerdings sind zurzeit nur wenige marktreif. Zudem kann keine Speichertechnologie allein den immensen Speicherbedarf bewältigen. So bieten sich in Thüringen Pumpspeicherkraftwerke (Hohenwarte und Bleilochtalesperre) als etablierte schadstofffreie Technologie mit gleichzeitig hohem Wirkungsgrad und Speicherkapazität an. Akkumulatoren sind seit langem für die Stromspeicherung in Gebrauch. Allerdings sind sie sehr ineffizient hinsichtlich ihrer Kosten. Üblicherweise speichern Bleiakkus die überschüssige Energie, bis die Energie benötigt wird. Sie halten nur eine begrenzte Zyklenzahl, müssen üblicherweise nach drei bis fünf Jahren ausgetauscht werden und sind schadstoffreich. Technologische Innovationen haben zwar deutlich höhere Energiedichten in Batterien erbracht (Nickel- und Lithium-Ionen-Akkus), aber noch bei weitem nicht die erforderlichen Kostenreduzierungen. Einen Teilbeitrag zur Stromspeicherung kann die in den nächsten Jahren deutlich wachsende Flotte an Elektrofahrzeugen liefern.

Innovative Technologien zur Energiespeicherung sind:

- Redflow-Batteriesysteme Eine Alternative zu den Bleiakkus sind Redoxflow-Batterien, die überflüssige Energie im Mobilbereich (PKWs) speichern können. Es sind hochwirkungsgradige Elektrolyt-Flüssigspeicher: Sie haben eine vergleichbare Energiedichte, ihre Lebensdauer ist jedoch fast zehnmal so hoch wie bei Bleiakkus: Strom entsteht dort, indem den Elektroden kontinuierlich der umzusetzende gelöste Stoff (z.B. Vanadium-Bromid-Verbindungen) aus den Vorratstanks zugeführt wird und das entstehende Produkt ebenfalls in einen Vorratsbehälter abgeführt wird. Zum Laden wird die Pumprichtung im Elektrolysebad umgedreht.⁵ Diese ist innovativ v.a. für den Mobilitätsbereich und Elektrofahrzeuge.
- Methan- und Wasserstoffgasspeicher Die Umwandlung von Strom in die speicherfähigen Energieträger Wasserstoff oder Methan ist technologisch vielversprechend und wird bisher in Pilotanlagen erforscht. Die dafür benötigte komplexe Technologie könnte weitgehend durch ein Netzwerk Thüringer Firmen und Forschungsstellen umgesetzt werden. Allerdings wird dafür neue Infrastruktur benötigt (Wasserstoff Tankstellen usw.)
- Druckluft-Kavernenspeicher Dies sind Druckluftspeicher in stillgelegten Bergwerken (die gespeicherte Druckluft wird im Bedarfsfall entspannt und treibt Generatoren an), Derzeit existieren nur Pilotanlagen – eine Nutzung der aufgelassenen Thüringer Bergwerksstollen wäre sinnvoll.
- Auch bei Wärmespeichern kommen bedeutende Innovationen aktuell am Markt an. Insbesondere Systeme auf Basis von Latentwärme werden weiter entwickelt.
- Temperaturspeichersysteme sind besonders für Nahwärmennetze sinnvoll
- Pumpspeicher, Bergwerksstollen, Batterien –Forschung und Entwicklung neuer Speichertechnologien

Energiespeicherkataster/ Speicheratlas

Energiespeicher müssen für den Ausgleich des nicht durchweg konstanten Energieangebots aus Wind- und Solarkraftwerken genutzt werden. Überschüssiger Strom in Spitzenwindzeiten respektive besonders sonnigen Tagen kann so für Erzeugungslücken in Schwachwindzeiten respektive bei bewölkten Wetterlagen gespeichert werden. Zum Ausgleich des zunehmenden temporären Ungleichgewichts von Erzeugung und Verbrauch sind innovative Lösungen im Netzausbau und den Leistungs- und Regelreserven erforderlich. Die intelligente Grundlastregelung von Windkraft- Photovoltaik- und Biogasanlagen erfolgt z.B. durch smartgrid. Eine bessere Anpassung vorzuhaltender Reserven an die Bedarfsentwicklung über den Tag hinweg wird möglich, wenn dezentrale Speicher eingesetzt werden, die bezüglich ihrer Leistung und der speicherbaren Energie skalierbar sind.

Entsprechende Technologien, wie beispielsweise die Speicherung in Form von Druckluft und Pumpspeichern, stehen bereits zur Verfügung. Mit einem Speicherkataster soll die Möglichkeit für

⁵ <http://www.ict.fraunhofer.de/kernko/AE/Batterien/Redoxflow-Batterie/index.jsp>

Anlagenbetreiber geschaffen werden, schnell und unbürokratisch einen Überblick über geeignete lokale Speicherräume zu erhalten. Erfasst werden sollen insbesondere leere unterirdische Rohstofflagerstätten, etwa im Kalibergbau. In Thüringen gibt es Energiespeichermöglichkeiten in Pumpspeicherwerken und Bergwerkdruckspeichern in stillgelegten Bergwerken. Dies ist zu erforschen und zu kartographieren

7. Kraftwärmekopplung

Wir zielen darauf ab, höhere Wirkungsgrade bei der Energieerzeugung anzustreben. Dies drückt sich im Verhältnis zwischen Primärenergieeinsatz und Nutzenergieertrag aus. Bei konventionellen Kohlekraftwerken liegt der Wirkungsgrad typischerweise zwischen 35 und 38 Prozent. Durch Kraft-Wärme-Kopplung lassen sich im Idealfall Wirkungsgrade zwischen 85 und 90 Prozent erzielen. Daher wird die KWK als zu bevorzugende Methode zur schonenden Nutzung der zur Energieerzeugung verwendeten Ressourcen angeführt. Die ortsnahe Verteilung bezieht sich nicht nur auf den Strom, sondern auch die Wärme in örtlichen Nah- und Fernwärmenetzen. Letztere sind, obwohl es der Name nicht nahelegt, ebenfalls eine Variante der örtlichen Versorgung, da beim Wärmetransport aus wirtschaftlichen Gründen. Entfernungen von mehr als 50 km kaum zu finden sind. Der Ausbau der modernen Gasturbinenkraftwerke bietet zurzeit gute Möglichkeiten, um als Brückentechnologie zur Spitzenlastdeckung genutzt zu werden. Doch auch Erdgas ist endlich und kein klimaneutraler Energieträger. Ein entscheidender Vorteil der Kraft-Wärme-Kopplung in Gasturbinenkraftwerken ist jedoch deren wirklicher Brückencharakter. Es ist möglich, bei weiteren Ausbau von Biomassenanlagen, einen schrittweisen Übergang vom erschöpflichen Erdgas hin zum Biogas zu schaffen, ohne zusätzliche Strukturen auf oder umzubauen.

8. Fernwärmekataster

In Gemeinden mit vorhandenem Fernwärmenetz ist, sofern noch nicht vorhanden, ein Verzeichnis zu erstellen, aus dem die Anschließbarkeit von Häusern an das Fernwärmenetz ersichtlich wird. Fernwärme kann einen wesentlichen Beitrag zur rationellen Verwendung von Energie und damit zum Klima- und Ressourcenschutz leisten, jedenfalls dann, wenn die Wärmeleistung in Kraftwerken ausgekoppelt wird (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK). D.h. mit der Abwärme von Stromerzeugungsprozessen wird Heizungswasser erwärmt. Die hohe Gesamteffizienz des KWK-Prozesses sorgt für niedrige Treibhausgasemissionen bei der Erzeugung von Fernwärme und Strom. Dies wird von einer aktuellen Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes⁶ bestätigt.

Danach beträgt die Einsparung von Kohlendioxid-Emissionen bei KWK-Fernwärme im Vergleich zu Heizwerken zwischen 34 und 38 Prozent. Da Fernwärme einen hohen Wirkungsgrad besitzt, soll ein Anschlußzwang für alle anliegenden Gebäude gelten. Es gibt jedoch bisher keinen Anschlusszwang an das Fernwärmenetz aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes, abgesehen von Gebäuden, die bereits mit reg. Energie versorgt werden.⁷

9. Einsparpotentiale + Energieeffizienz bei Gebäuden

Der Neubau und der Erwerb von Landes- und Kommunalgebäuden müssen auf ausschließliche Versorgung mit Wärme und Strom aus regenerativen Quellen und Betreuung ausschließlich mit erneuerbaren Energien ausgerichtet werden. Dies muß nicht durch Eigenproduktion im Gebäude sondern kann auch durch Bezug von Dritten erfolgen.

Bei Investitionsentscheidungen Für die landeseigenen und kommunalen Gebäude und Einrichtungen und deren Energieanlagen werden bisher meist vorrangig die reinen Anschaffungskosten gewürdigt. Die zu erwartenden Brennstoffkosten während der Laufzeit der Anlage gehen dagegen vielfach nicht mit dem entsprechenden Gewicht in die Entscheidungsfindung ein. Dadurch geraten Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien in einen strukturellen Nachteil, da ihre wirtschaftliche Hauptstärke, abgesehen von der Bioenergie, in der vollständigen Vermeidung von Brennstoffkosten liegt. Unter Einbeziehung dieses Faktors relativiert sich der i.d.R. höhere Anschaffungspreis im Vergleich zu einer Anlage zur Nutzung konventioneller Energien. Nur durch Aufstellung eines Energiehaushaltes wird das gesamte Kosteneinsparpotenzial der Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien und natürlicher Ressourcen

⁶ „Bestimmung spezifischer Treibhausgas-Emissionsfaktoren für Fernwärme“, UBA-FB 001145

⁷ Das Bundesverwaltungsgericht hat dies anhand einer nahezu gleichlautenden Formulierung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg in einem Urteil vom November 2005 entschieden (BVerwG 8 C 14.04).

ersichtlich und nur dann ist auch eine objektive Entscheidung darüber fällbar, welche Energienutzungsanlage beschafft werden soll.

Dem Mehraufwand für die Erstellung des Energiehaushaltes von Gebäuden stehen Einsparungen gegenüber, die den Mehraufwand überkompensieren.

Damit insbesondere zukünftige Bauvorhaben in öffentlich-privater-Partnerschaft den Vorgaben, diese mit reg. Energien zu betreiben nicht entzogen werden, wird gesetzlich sichergestellt, dass auch bei PPP-Projekten durch entsprechende vertragliche Regelungen sicherzustellen ist, dass die Vorgaben umgesetzt werden.

Zweck dieser Vorgabe ist, die im Rahmen des Landes liegenden Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Energiezeugung in Thüringen vollständig aus Erneuerbaren Energien zu bestreiten und den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung, in der Übergangszeit auch bei fossilen Energieträgern, deutlich zu erhöhen, und durch die konstruktionsbedingte Nutzung von Tageslicht in Gebäuden den Stromverbrauch zu reduzieren. Darüber hinaus sollen natürlichen Gebäude-Ressourcen, wie Regenwasser und Sonnenlicht, verstärkt genutzt werden.

In dem gesonderten Gebäude-Energiehaushalt sind bei Neuinvestitionen neben den technischen Beschaffungskosten die zum Zeitpunkt der Investition ermittelbaren Brennstoffkosten über einen Zeitraum von 20 Jahren für die Wärmeenergie und für die Licht- und Geräteenergie zu erfassen. Dabei ist die durchschnittliche Preissteigerung einzurechnen. Außerdem sind die Einsparungen an künstlicher Beleuchtung durch konstruktionsbedingte Tageslichtnutzung nachzuweisen. Diese Energiebilanz ist zusätzliche Grundlage von Ausschreibungen und für die Investitionsentscheidungen des Landes und der Kommunen.

Etwa 40 Prozent des Energiebedarfs eines Gebäudes werden nur für die elektrische Beleuchtung tagsüber verbraucht. Dieser Bedarf kann durch eine verbesserte Tageslichtnutzung um bis zu 50 Prozent reduziert werden. Die verstärkte Nutzung von Regenwasser, beispielsweise als Brauchwasser in Gebäuden, kann nennenswert zu Energieeinsparungen und damit zur Verbesserung der Energiebilanz eines Gebäudes beitragen.

Zum nachhaltigen Bauen gehört eine möglichst gute Energiebilanz der Baumaterialien und ihre Wiederverwendbarkeit oder Wiederverwertbarkeit. Letzteres kann vor allem dadurch erreicht werden, dass schwer trennbare Verbundbaustoffe vermieden werden und auf eine geringe Schadstoffbelastung der Bauteile und Baustoffe geachtet wird. Die Verwendung solcher Stoffe muss im Leistungsverzeichnis eindeutig beschrieben werden.

Das größte Potential, den Klimawandel zu begrenzen und den CO²-Ausstoß zu minimieren liegt in der rationellen Verwendung von Energie an und in Gebäuden:

- eine Reduzierung des Verbrauchs an Nutzenergie durch Energieeinsparung und Energieeffizienz,
- die Nutzung natürlicher Ressourcen, wie Tageslicht und Regenwasser
- die Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien, in bebauten Gebieten insbesondere durch solare Strahlungsenergie, Kleinwindkraft und Kleinwasserkraft in/an Quartieren, und die Bereitstellung von Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung und deren möglichst ortsnahe Verteilung zur Vermeidung von Leitungsverlusten.
- Eine hochwirksame Wärmedämmung der Gebäudehülle
- Die Gemeinden können selbst durch Satzung Vorgaben und Einschränkungen machen, ob im Gemeindegebiet die Verwendung bestimmter Brennstoffe untersagt wird oder bestimmte Arten von regenerativen Energien für die Gewinnung von Strom, Wärme (Raumheizung, Warmwasserbereitung) sowie die Nutzung natürlicher Ressourcen, wie Tageslicht und Regenwasser (statt Kunstlicht + Leitungswasser) vorgeschrieben werden.

Netzpolitik

Eine dezentrale Europäische Energieversorgung ist möglich. Es müssen dabei keine riesigen neue Netze in Europa und in Deutschland entstehen. Jedoch sind Anstrengungen in der Netzpolitik nötig um von zentralen Versorgungsstrukturen zu dezentralen Europaweit vernetzten Regionen zu gelangen.

Vier wesentliche Punkte wollen wir in diesen Transformationsprozess hervorheben:

- statt den Auf und Ausbau der Übertragungsnetz zu proklamieren, wollen wir den Ausbau und die Erneuerung der Mittel- und Niederspannungsnetze.
- Auch fehlen noch Netzbrücken zwischen den verschiedenen Ländernetzen z.B. immer noch zwischen alten und neuen Bundesländern.
- Projekte wie die Schaffung von Energiekorridoren mit entsprechenden Infrastrukturen z.B. von küstennahen Windparks (Offshore) nach Thüringen und Süddeutschland sehen wir kritisch.
- Ein entscheidender Punkt auch in den Energienetzen ist die Beteiligungsfrage. So müssen Kommunen und Gemeinden ihre Netze selbst kontrollieren können und z.B. durch Netznutzungsgebühren auch davon gemeinschaftlichen Nutzen erzielen.

An der Netzpolitik wird sich zeigen, wie ernst die verschiedenen Akteure es mit der Energiewende meinen. Ist es ein Lippenbekenntnis zu den Energieoligarchen, oder eine entschiedenen Schritt zu mehr Mitbestimmung durch neue und alte Infrastrukturen.

Landesentwicklungsplan/ Flächen

Als Ziel der Raumordnung in Thüringen sollte sein genügend Flächen vorzuhalten, auf denen Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energie entstehen können. In Hessen sind vorbildhaft z.B. per Landesentwicklungsplan vorgeschrieben, 1,5 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete zur Nutzung Erneuerbarer Energien auszuweisen. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass hiervon mindestens 1 Prozent für die Windkraft ausgewiesen wird. Bestehende Windkraftstandorte sollen auch in Thüringen erhalten oder als Vorranggebiete ausgebaut werden, um ein repowering zu ermöglichen: Dies betrifft die Ersetzung alter Anlagen durch neue leistungsfähigere Windkraftanlagen der Megawattklasse mit Generatoren von 3-6 Megawatt. Neu sind beim repowering ebenfalls Hybridanlagen aus Windkraft mit Photovoltaikanlagen zu dessen Füßen.

Infolge des dynamischen Wachstums der reg. Energie läuft die Landes- und Regionalplanung der Technischen Entwicklung auf dem Energiemarkt stets hinterher. Deshalb sollte der Landesentwicklungsplan ständig aktualisiert und der Raumordnungsplan mit festgelegten Vorrangflächen für reg-Energie-Anlagen alle 6 Monate mit Änderungsgenehmigungsfristen von nur 2 Monaten durch die Landesregierung anzupassen sein. Die Beteiligung der Bevölkerung und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange sollte so nicht nacheinander sondern während des laufenden Verfahrens passieren, um die regulären 12 Monats-Verfahren zu vermeiden. Da sich die Änderungen der Regionalpläne im Zuge des EEG Gesetzes auf den Bereich der Energieerzeugung beschränken, kann die Genehmigungsfrist der Landesregierung auf ein Drittel des sonst vorgesehenen Zeitraumes (§ 11 Abs. 2) verkürzt werden.

Demokratisierung und Bürgerbeteiligung

Seit dem Aufstieg der kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen hielten auch der Handel mit Energie Einzug in die Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Durch Ausbeutung von Kohle, Gas und Öl waren und sind ungebremstes Wachstum erst möglich gewesen.

Die Energie- und Netzstrukturen, welche wir heute in 4 Energiekonzernen konzentriert vorfinden, sind die Resultate dieser Entwicklung. Dies brachte wenigen viel...und vielen nichts! Ein Wandel der Energieträger in Bürgerhänden hatte nicht nur Auswirkungen auf einzelne Wirtschaftsbereiche, sondern gibt uns

Werkzeuge in die Hand, neue Wege in der Gesellschaft zu gehen. Unsere Vision deshalb: dezentrales Bürgernetz in Europa!

Vier wesentliche Aspekte sollen dazu beitragen diese auch in der Realität ankommen zu lassen:

Aufbruch durch Öffnung

Die Nutzung der vorhandenen Kapazitäten ist oft unzureichend, denn nicht nur die Barrieren im Kopf sondern auch auf dem Papier müssen überwunden werden. Hierzu sind insbesondere die Menschen vor Ort in den Kommunen gefragt. Beobachter befürchten bereits, dass die großen Energieversorger trotz Ende der Atomkraft aufgrund ihrer Marktmacht auch den Energiemarkt der Zukunft dominieren könnten.

Thüringen hat glücklicherweise in der Vergangenheit die kommunalen Versorgungsstrukturen fast komplett in der Hand der kommunalen Stadtwerke belassen.

Dies soll nicht nur so bleiben sondern unter Beteiligung der Menschen ausgebaut werden.

- Öffnung kommunaler Liegenschaften für die Nutzung von Erneuerbaren Energie durch Gemeinschaftsprojekten (z.B. städtische Dächer, Schulen, Verwaltungsgebäude, kommunale Wohnungsgesellschaften, sowie die Nutzung von Brachflächen an Ausfallstraßen für Wind und Sonnenenergie, Stadiondächer, Hallenbäder, Parkplatzüberdachungen)
- Potentiale erkennen und Beteiligungsräume schaffen. Erstellung eines Energiehaushalts, in dem alle Ausgaben für Energie gesondert festgehalten sind. Dies schafft neben Transparenz auch die Möglichkeit entsprechend Aufmerksamkeit auf die Verbesserungspotentiale zu lenken.
- Größter Vorteil regenerativer Energien ist immer noch, dass sie keine Brennstoffkosten verursachen
- Genehmigung für den Bau von privaten Großprojekten wie z.B. Parkhäusern werden davon abhängig gemacht, ob Dach und Fassaden zur photovoltaischen Stromerzeugung genutzt werden
- In den lokalen Bausatzungen müssen die generelle Genehmigung von Dach und Fassadengestaltung mit Erneuerbaren Energien vorgesehen werden.
- Für die Elektrofahrzeuge sollten diese von öffentliche Parkgebühren befreit werden

Partizipation, Bürgerbeteiligung, Rekommunalisierung

Thüringen besteht vor allem aus Dörfern und Kleinstädten. Hinzu kommen die zentralen Ballungsräume. Diese Verteilung wurde bisher zu wenig genutzt und erkannt. Vor allem im ländlichen Raum bieten die erneuerbaren Energien gute Zukunftsperspektiven. Die Fläche ist dabei kein Hindernis, sondern ein Vorteil. Wichtig ist jedoch nicht der Ausbau von großen, zentralen landschaftsverbrauchenden Anlagen, sondern Strukturen die Mensch und Natur integrieren. Die dezentrale Energieversorgung ist die ökologisch sinnvollste, effizienteste und kostensparende Energieerzeugung.

- Schaffung eines kommunalen Ausschusses für Energie. Dieser sollte sich aus VertreterInnen der verschiedenen betroffenen Verwaltungsbereiche – Bauen, Wohnen, Umwelt, Gesundheit, Verkehr, Schulen, Liegenschaften, Forsten, Entsorgung, Wasser zusammensetzen. Er befasst sich speziell mit der Fragestellungen der Nutzung Erneuerbaren Energien auseinander. Für die rasche Umsetzung und Unterstützung vor Ort, soll es eineN EnergiebeauftragteN geben, in größeren Städten übernimmt diese Aufgabe eine Energieagentur. Ihre Aufgabe besteht in der kommunalen Erfassung und Aktualisierung von Potentialen, Erstellung von Potentialkatastern, der Unterstützung und Aufbau von Projekten.
- Landstrukturen sollen nicht nur für ihre Beratungsarbeit deutlich intensivieren können, sondern auch die Vernetzung der einzelnen Akteure aktiv unterstützen
- Gründung von Beteiligungsgesellschaften von GemeindegängerInnen für Projekte zur Nutzung Erneuerbarer Energien, Ziel soll dabei die Redemokratisierung des Gemeinguts Energie sein
- Schaffung von Demonstrationsgebäude/ Projekten, soweit noch nicht vorhanden. Diese sollen Überblick über Möglichkeiten geben und werden von den Energiebeauftragten betreut

- Stadtwerke bieten zinslose Energiespardarlehen für die Anschaffung oder Austausch von Elektrohaushaltsgeräten an
- Die Kommune schafft das Angebot eines „Solarkreditprogramms“ sobald sie Trägerin oder Mitträgerin einer kommunalen Bank oder Sparkasse ist. Diese Kredite werden speziell für die lange Laufzeiten für Solaranlagen gegeben und in ihre Berechnung fließt die Amortisation der Kosten durch die Energiekosten ein.

Information

Entscheidend für die Realisierung von Alternativen ist das Wissen über diese. Wir wollen nicht nur Transparenz befördern, sondern auch Bildungsangebote bereitstellen um ein Klima des Wandels zu schaffen. Dabei ist es wichtig nicht nur Experten der Kommunen und Energieagenturen zu befähigen, die Werkzeuge der Erneuerbaren Energien zu nutzen, sondern deren Möglichkeiten und Vielseitigkeit allen Bürger_innen nahe zu bringen, um diese zu animieren selbst aktiv zu werden.

- vor allem Schaffung und Ausbau der Informationsmöglichkeiten. Hierzu sind Demonstrationskoffer zum Experimentieren für Bildungseinrichtungen ein praktisches Anschauungsmittel, Infopakete, Lehrmaterialien, Informationstage in entsprechenden Einrichtungen echt.
- Aufzeigung von Möglichkeiten, wie der Bildung von Erzeugergenossenschaften, sowie der Organisationsunterstützung von Gemeinschaftsprojekten z.B. auch in Schulen die Bildung von Schülerenergiegenossenschaften
- Schaffung von Energiepfaden, in Form von Stadtführungen
- Bereitstellung von Informationsmöglichkeiten zum Selbstbau, Organisation und Integration von erneuerbaren Energien im lokalen Kontext
- Kennzeichnung von Gemeingütern – d.h. Bereitstellung von Informationen zum gemeinschaftlichen Umgang und Nutzung dieser z.B. kommunalen Dächer.
- die kommunalen Beratungs- und Vernetzungsgremien und Energieberater, bieten ebenso kostenfrei Informations- und Beratungsangebote für kleine und mittelständische Unternehmen an
- aktive Unterstützung von Ausbildungen und Studienangeboten zur breiten Ausbildung von Fachkräften z.B. Initiativen von Handwerkskammer, Schaffung von Solarbauschulen und entsprechenden Studienangeboten
- Die Energieberatung des Landes Thüringen (Wärmeschutz und Energieeinsparung) in Gotha ist völlig unzureichend. Sie ist auszubauen, Eine Vor-Ort-Beratung ist nicht nur für Hausbesitzer nötig. (<http://www.energieberatungthueringen.de/module-PageSetter-viewpub-tid-21-pid-1.htm>)
- Monitoring des Landtags- Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr :
- Die durch dieses Gesetz ausgelöste Dynamik im Energiebereich wird erheblich sein. Daher ist es erforderlich, den Energiebericht jährlich zu erstellen, damit er die eingetretenen Veränderungen zeitnah abbilden kann und so dem Landtag ein exaktes Monitoring zum Prozess des Energiewandels erlaubt.

Vernetzung

Neben Öffnung, Ausbau und Information ist der wohl wichtigste Schritt für eine dauerhafte Veränderung hin zu einer Dezentralisierung der Energiewirtschaft die Vernetzung der Akteure. Hierbei sollen alle ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien zusammengeführt werden und langfristiger Erfolg für alle Menschen gesichert werden:

- neben dem Ausbau der erneubaren Energien im ländlichen Raum steht deren Nutzung und Vernetzung im Vordergrund. Es gilt die Schaffung von „Energie- Gürteln“ um Ballungszentren, in denen Lieferverträge bez. Abnahmegarantien für die örtlichen Produzenten verankert werden. So fördern wir dezentrale Erzeugung und Verbrauch. Dieser Schritt bietet langfristige Chancen und Sicherheiten für die Entwicklung der ländlichen Räume und trägt entscheidend zur Vernetzung bei.

- kommunale Unterstützung von Energiewende-Initiativen z.B. nach dem Vorbild der Transistor Town Bewegung und Einbindung dieser in die vorhandenen Strukturen
- Zusammenschluss im regional und lokalen Kontext. Grundlagen hierfür sind breite Beteiligung und Mitbestimmung der betroffenen Menschen. Ansätze hierfür finden sich in der „solidarische Ökonomie“ Region Nordhessen

Zusammenfassung

Wir werden durch die Energiewende von Betroffenen zu Mitgestaltern.

Wir Jusos sehen sowohl in nachhaltigen Technologien als auch in Gemeinschaftsprojekten und kommunalen Initiativen eine fortschrittliche Alternative zur herkömmlichen Energiepolitik.

Die Energie von morgen ist dezentral, regenerativ und bürgernah!

Eine dezentrale Energieversorgung aus sich regenerierenden Energiequellen ist integraler Bestandteil nachhaltiger Klimapolitik und sollte in jeder Hinsicht Vorrang vor allen Formen der Energiegewinnung erhalten.

Nicht zuletzt mobilisieren erneuerbare Energien wirtschaftliche Potenziale auf regionaler Ebene und stärken die Selbstaktivierung der Menschen und die kommunale Selbstverwaltung.

Regenerative Energie ist weitgehend kohlendioxidneutral und schont dadurch das Klimagefüge und das globale Gleichgewicht. Mit der vollständigen Nutzung regenerativer Energien übernehmen wir überfällige Verantwortung für unseren Planeten.

E2 | DEZENTRAL, LOKAL UND SOZIAL – ENERGIEWENDE IN THÜRINGEN FORCIEREN!

Erneuerbare Energien statt sozialer Schieflage!

Die Grundlage für die Abkehr von der klassischen Energiepolitik hat die rot-grüne Bundesregierung Anfang des 21. Jahrhunderts mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz geschaffen. Mit dem ebenso beschlossenen Atomausstieg wurde der Weg für den Ausbau der Erneuerbaren Energien geebnet.

Die Neuausrichtung der Energiepolitik war aus sozialen Gründen zwingend notwendig und nicht Ergebnis eines linken „Öko-Lifestyles“.

Mit sich verknappenden Ressourcen und der zunehmenden Spekulation mit diesen ist in den letzten Jahren die Energiepolitik zu einer sich im internationalen Kontext zu betrachtenden, sozialen Frage geworden. Der fortschreitende Klimawandel darf natürlich auch in der Frage einer nachhaltigen Energiepolitik nicht vergessen werden.

Die Jusos Thüringen begreifen die Versorgung von Energie und Wärme als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und bekennen sich zum schnellst möglichen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien. Der Neubau von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen ist kein adäquates Mittel, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen, sondern führt zur Dynamisierung von Rohstoffknappheit und steigenden Weltmarktpreisen.

Thüringen – Das grüne Herz Deutschlands

Dank SPD-Regierungsbeteiligung entwickelt sich Thüringen, im wahrsten Sinne des Wortes, zum grünen Herz Deutschlands. Mit dem Ziel der Verdoppelung des Anteils von erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis 2020 von 30 Prozent stellt sich Thüringen ambitionierteren Zielen, als die im Energiekonzept der Bundesregierung 2010 vorgelegten Richtwerte.

Mit der Etablierung der Solarindustriebranche ist es gelungen, Thüringen auch zum Produktions- und Forschungsstandort für erneuerbare Energien zu entwickeln. Nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze sind Argument genug die Investitionsdynamik in diesem Bereich zu erweitern.

Nachholbedarf besteht allerdings bei der Energieerzeugung durch erneuerbare Energien. Zwar etablieren sich neue Projekte in ganz Thüringen. Die Energieerzeugerkapazitäten sind im Vergleich zu anderen Bundesländern aber gering.

Die Jusos Thüringen unterstützen den von der SPD eingeschlagenen Weg, Thüringen zum grünen Motor Deutschlands zu entwickeln. Nachhaltiges Wachstum, Fortschritt durch Innovation und gute Arbeit sind Ziele jungsozialistischer Politik. Für eine zukünftig dezentrale Energieversorgung, die sich unabhängig des Energieoligopols in Deutschland bewegt, ist es unerlässlich, die Energieerzeugerkapazitäten in Thüringen zu stärken.

Lokal und sozial – Regionalversorger stärken!

Für eine soziale Energieversorgung der Zukunft müssen wir unsere Regionalversorger und Stadtwerke stärken. Unsere Stadtwerke tragen zu einem nicht geringen Teil am gelingenden Zusammenleben in unseren Kommunen und Gemeinden bei. Gewinne fließen in den kommunalen Haushalt und werden unter anderem für soziale und Investitionsmaßnahmen vor Ort genutzt. Voraussetzung dafür ist, dass die Stadtwerke sich in kommunalem Besitz befinden. Nicht wenige der Thüringer Stadtwerke sind in den vergangenen Jahren eine strategische Partnerschaft mit der E.ON Thüringen und anderen privaten Partnern eingegangen. Hier ergeben sich zwangsläufig Interessenkonflikte im Endkundengeschäft und in der Ausschreibung um Konzessionsverträge. Ziel muss es sein, Stadtwerke in ihrer Eigenständigkeit zu stärken und private Anteile zu rekommunalisieren.

Für viele lokale Stadtwerke ist das Risiko zu hoch, in eigene Energieerzeugerkapazitäten zu investieren. Die hohen Investitionskosten, ein für die Zukunft schwer vorhersehbarer Energiemarkt und das fehlende Know How bei der Betreuung solcher Anlagen lassen Stadtwerke zögern, in einen zum derzeitigen Punkt renditeträchtigen Markt einzusteigen. Vorteile durch deutlich geringere Leitungsverluste und der Unabhängigkeit im Stromeinkauf werden nicht genutzt.

Wir Jusos Thüringen wollen Thüringens Kommunen zu grünen Adern im grünen Herzen machen. Durch ein Investitionsprogramm der Landesregierung für erneuerbare, dezentrale Energien und zinsgünstige Kredite oder Bürgschaften durch die Thüringer Aufbaubank wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort forcieren. Wir wollen Synergieeffekte nutzen, die bspw. im Bau von Kraft-Wärme-Kopplungen liegen. Wir wollen die Thüringer Energie vor Ort vernetzen und prüfen, inwiefern eine kommunale Beteiligungsgesellschaft Thüringer Stadtwerke als strategischer Partner verwirklicht werden kann.

E3 | UNSERE VERANTWORTUNG FÜR KLIMAFLUCHT

Der Bundeskongress möge beschließen:

Die Folgen des Klimawandels sind mittlerweile unübersehbar. Es ist eine große Ungerechtigkeit, dass insbesondere viele ärmere Länder stark davon betroffen sind, die praktisch gar nicht zur Verursachung beigetragen haben. Dabei haben gerade strukturell schwächer entwickelte Regionen wenig bis gar keine Möglichkeiten ihre Bevölkerung vor den verheerenden Folgen der Klima- und Umweltveränderungen zu schützen. In manchen Regionen werden die Auswirkungen so stark sein, dass die existenziellen Lebensgrundlagen zerstört und die Menschen zur Flucht gezwungen werden. Dies ist bereits jetzt eine Herausforderung für die Weltgemeinschaft und diese zu lösen ist vor allem Aufgabe der großen Emittenten wie den Industriestaaten Deutschland, USA aber auch China die die Hauptverantwortung für die Klima- und Umweltveränderung tragen.

Der beste Ansatz zur Lösung eines Problems besteht darin es gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Politik und die Gesellschaft müssen sich ernsthaft der Aufgabe verpflichtet fühlen, den Klimawandel aufzuhalten. Es müssen dringend die notwendigen umwelt- und energiepolitischen Maßnahmen getroffen werden um das in Kopenhagen diskutierte 2-Grad-Ziel und die dafür nötige Reduzierung der CO₂-Konzentration der Atmosphäre auf 0,35 ‰ zu erreichen.

Eine Eindämmung der Erderwärmung wird jedoch nicht die Klima- und Umweltveränderungen aufhalten können, die durch die bisherigen Emissionen und die Zerstörung von natürlichen Lebensräumen schon in

Gang gebracht wurden. Die Menschen in den Industriestaaten müssen sich bewusst machen, dass es ihr Lebensstil war und ist, der durch eine maßlose Ausbeutung von natürlichen Ressourcen dieses Problem geschaffen hat, unter dem nun vor allem diejenigen leiden, die es nicht verursacht haben.

Daher ist Solidarität mit Menschen, die durch die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage aufgrund von Klima- oder Umweltveränderungen zur Flucht gezwungen werden, eine moralische Verpflichtung. Hierzu gehört natürlich eine umfassende Hilfe für Katastrophengebiete und deren Nachbarregionen, in die die betroffenen Menschen vorrangig fliehen. Aber das allein ist nicht ausreichend.

- **Klimaflüchtlinge müssen die Möglichkeit haben in ein Land zu ziehen, welches für die veränderten Lebensumstände mitverantwortlich ist.** Dementsprechend muss Deutschland existenzbedrohende Klima- und Umweltveränderungen als Fluchtgründe anerkennen und als solche ins Asylrecht aufnehmen, insbesondere in den Paragraphen §60 (1) AufenthG⁸. Damit sich Deutschland der daraus erwachsenden Verantwortung nicht entziehen und die Flüchtlinge doch wieder in die Krisenregionen abschieben kann, muss außerdem das ohnehin problematische Konzept der „innerstaatlichen Fluchtalternative“, auf die die Flüchtlinge viel zu oft verwiesen werden, aus dem Asylrecht gestrichen werden.

Ein großes Problem des normalen Asylsystems ist weiterhin, dass mensch vor der Antragsstellung zuerst einmal den Weg nach Deutschland überwinden muss (ohne dabei ein EU-Land zu betreten, da ansonsten das „Dublin II“-System⁹ greift). Dies ist für Menschen in absoluten Notlagen aber praktisch unmöglich, und wird durch die Außenpolitik der EU sogar immer noch schwieriger¹⁰.

- Daher ist es notwendig geworden, dass Deutschland in Ergänzung des normalen Asylrechts ein „Resettlement“-Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen einrichtet. Ein solches Programm würde die Verpflichtung enthalten kontinuierlich Flüchtlinge direkt aus den Flüchtlingslagern in den Krisenregionen aufzunehmen und ihnen eine neue Lebensperspektive in Deutschland zu geben. Im Rahmen dieses Programms sollten dann auch Klima- und Umweltflüchtlinge berücksichtigt werden. Die Einrichtung eines solchen deutschen Resettlement-Programms wird seit einigen Jahren vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) gefordert und könnte auf dem Paragraphen §23 (2) AufenthG¹¹ aufbauen.

E4 | ANERKENNUNG DER ENERGIEPOLITISCHEN REALITÄT, HEISST JA ZUR ENERGIEWENDE UND AUCH JA ZUM NETZAUSBAU

Seit dem rot-grünen Energiekonsens wird über die notwendige Neuordnung der Stromerzeugung und Energietransport zumeist unsachlich debattiert. Hierbei sind regionale Befindlichkeiten oder gar wirtschaftliche Interessen Einzelner scheinbar von höherem Wert als der gesamtgesellschaftliche Nutzen. Volkswirtschaftlich ist der Gewinn durch erneuerbare Energien im Vergleich zu konventionellen unumstritten. Hierbei muss aber auch Thüringen seinen solidarischen Beitrag für die Bundesrepublik leisten.

Thüringen ist und bleibt ein Drehkreuz für den Stromtransport in Europa. Der Stromnetzausbau an den Schnittstellen der ehemaligen Deutschen Teilung hat seit der Wiedervereinigung nicht mit dem Netzausbau der Straße oder Schiene stand gehalten. So gibt es lediglich drei 380KV Brücken zwischen den beiden ehemaligen Ländern. Wurde Energie bisher verbrauchernah erzeugt, so kann das Ziel möglichst viel Energie nachhaltig in Deutschland zu erzeugen, nur durch den Ausbau der Offshore-Windenergie ermöglicht werden. Hierfür muss die Einhaltung der Rechtslage gewährleistet und technisch

⁸ §60 (1) AufenthG: Flüchtlingsschutz entsprechend der Aufenthaltsgesetzes erhält jemand, der aufgrund einer der in diesem Paragraphen genannten Gründe in seinem Heimatland verfolgt wird.

⁹ Dublin-II-System: Ein Flüchtling darf in innerhalb der EU nur einen Asylantrag stellen, und zwar in dem Land der EU, das er oder sie als erstes betritt. Reist er weiter, z.B. nach Deutschland, wird es wieder in das Land abgeschoben, das für seinen Antrag zuständig ist.

¹⁰ Frontex –Außenabsicherung der Festung Europa: Frontex ist eine Gemeinschaftsagentur der EU, die die Mitgliedsländern in der Absicherung ihrer Außengrenzen unterstützen soll. Ihr Vorgehen hierbei ist sehr rigide und zum Teil mitverantwortlich für den Tod von Flüchtlingen.

¹¹ §23 (2) AufenthG: Das Bundesinnenministerium kann entsprechend diesen Paragraphen aus „besonderem politischen Interesse“ Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis erteilen.

bisher nicht realisierbare Alternativen für die nahe Zukunft aus dem Planungsprozess gezwungenermaßen außer Acht gelassen werden. Gegner der in Planung und Bau befindlichen 380-KV-Trasse, welche auch durch den Thüringer Wald führen wird, argumentieren, dass durch eine umfassendere Nutzung des Freileitungsmonitoring, die Verwendung von Hochtemperaturseilen und einer Erdverkabelung diese Stromtrasse zu weniger Belastung für Mensch und Umwelt führen würde.

Freileitungsmonitoring, also die Intensivierung der bisherigen Trassen, gelangt an die Grenzen der DIN-Norm und kann bei herkömmlichem Material der Stromkabel zu einer erheblichen Gefahr für die direkte Umgebung der Hochspannungsleitung werden. Zudem würde mit einer höheren Spannung auch der Verlust von Energie exponentiell erhöht. Freileitungsmonitoring erhöht den wachsenden Bedarf der Energie aufgrund des höheren Verlustes noch zusätzlich und liefert den Befürwortern konventioneller Energien Auftrieb. Denn eine höhere Belastung bisheriger Netze, beispielsweise durch den notwendigen Transport von Offshore-Windenergie, würde diese Stromerzeugung stetig verteuern. Bei optimalen Freileitungsmonitoring könnten beispielsweise bei der Strecke Remptendorf-Redwitz (Bayern) oder Vieselbach-Mecklar (Hessen) jeweils 600 MW zusätzlich im Jahr transportiert werden. Die Prognose des Netzbetreibers geht aber von 20000 MW an zusätzlicher erneuerbaren Energien für den hiesigen Netztransport bis zum Jahr 2020 aus.

Neben einem optimaleren Freileitungsmonitoring wird von Gegnern der 380-KV Trasse die Einführung von Hochtemperaturseilen angeregt. Diese können auf bis zu 200 Grad Celsius erwärmt werden und somit mehr Energie transportieren als die bisherigen mit maximal 80 Grad Celsius belastbaren Netze. Auch hier kommt der Energieverlust bei höherer Temperatur zum Tragen. Zusätzlich müssten die bestehenden Masten bei Einführung von Hochtemperaturseilen den höheren Anforderungen angepasst werden, was bei laufendem Netzbetrieb nicht möglich ist.

Die Möglichkeit der Erdverkabelung ist in diesem Zusammenhang die Gretchenfrage. Ob ein Eingriff in die Natur eine höhere Belastung für die Biodiversität darstellt, unter- oder überirdisch, kann nicht geklärt werden, da dies vollkommen subjektiv ist. Zumal bei Erdverkabelung auch überirdisch die Schneise in der Landschaft sichtbar wäre. Nichtabsehbare Kosten, aufgrund unterschiedlicher Bodenbeschaffenheit, führen die Möglichkeit der Erdverkabelung einer 380-KV Leitung durch Südthüringen zusätzlich ad absurdum.

Dass es zu einer Beteiligung der Einwohner_innen und einem Lasten-Kosten-Ausgleich für angrenzende Kommunen und Anwohner kommt, versteht sich aus dem Selbstverständnis von Jusos und der SPD.

Ein endgültiges und entscheidendes JA für die Notwendigkeit von Energietransport aufgrund veränderter Rahmenbedingungen ermöglicht Planungssicherheit, ermöglicht die Erfüllung der rechtlich bindenden Verträge mit den Nachbarbundesländern, ermöglicht die Sicherstellung des eigenen wachsenden Strombedarfs und ermöglicht die Erprobung alternativer Technologien über die bereits existierenden Netze, welche von Kritikern gefordert aber ohne zusätzlichen Netzausbau nicht umgesetzt werden kann.

INTERNATIONALES

F1 | VOM ENDE DER GESCHICHTE ZUR ÜBERWINDUNG DES NATIONALSTAATES!

Staat und Kultur

Wir leben heute in einer Welt, in der soziale Verbände in Form von Nationalstaaten organisiert sind. Diese werden als natürliche Gegebenheit aufgefasst und deshalb von den wenigsten Menschen hinterfragt.

Der Nationalstaat gründet sich, wie seine Bezeichnung bereits verrät, auf die Nation. Diese bezeichnet eine Gemeinschaft von Menschen, die sich aus ethnischen, kulturellen, sprachlichen und/oder politischen Gründen zusammengehörig fühlt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl entspringt dabei einer scharfen Abgrenzung nach außen – was die eigene Nation ausmacht, wird vor allem dann erkannt, wenn man den Vergleich zu anderen Nationen zieht. Ein Blick in die Historie zeigt dies besonders deutlich, weil

festzustellen ist, dass im 18. und 19. Jahrhundert die Abgrenzungsbestrebungen so weit reichten, dass der nach außen unabhängige Nationalstaat als zu verwirklichendes Ziel angesehen wurde. Diese Sicht ist, vor allem unter den Bedingungen einer beschleunigten Globalisierung, heute nicht mehr tragfähig. Der Nationalstaat wird zwar als gegeben aufgefasst, der Versuch einer strikten Autarkie aber verneint.

Im Idealfall wird der Nationalstaat als kulturell homogene Einheit betrachtet, die durch das Zugehörigkeitsgefühl der in ihm lebenden Menschen aufrecht erhalten wird. An dieser Stelle zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Unter den Bedingungen weltweiter wirtschaftlicher Vernetzung ist dieser Anspruch nicht aufrechtzuerhalten. Weiterhin verrät auch der Blick in die Staaten selbst, dass eine einheitliche Kultur nicht vorhanden ist. Daneben kritisieren wir Jusos, die vermeintliche Natürlichkeit dieser Ordnung. Staaten sind durch soziale Prozesse konstruiert und werden als solche von uns abgelehnt.

Das Beispiel Deutschland ist für eine solche Betrachtung ideal. Bestand dieses im 19. Jahrhundert noch aus einem Flickenteppich von Kleinstaaten, wurde durch die Konstruktion eines Wir-Gefühls der Wille zur nationalen Einheit oktroyiert. Als wesentlicher Vordenker dieser Bestrebungen im deutschen Raum kann Johann Gottfried Herder betrachtet werden. Dieser verstand den Staat als deckungsgleich mit der Kultur und forderte daher eine Entmischung dergleichen. Herder betrachtete die Kultur als Merkmal einer Gruppe, derer sich das Individuum vollständig unterzuordnen hatte. Damit verbunden war ein starker Abgrenzungswille gegen als fremd wahrgenommene Kulturen.

Wengleich dieses statische Konzept von Kultur heute als überholt gelten kann, so ist doch feststellbar, dass auch im heutigen Kontext die Kultur noch eine starke Rolle spielt. Das in den 90er-Jahren erschiene Buch „Der Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington illustriert beispielhaft, dass die Verteidigung der Kultur vor allem von konservativer Seite als wünschenswert gilt.

Funktion des Nationalstaates

Im Rahmen einer antikapitalistischen Betrachtung des Nationalstaates fällt sofort auf, dass seine Funktion der Gesellschaftsorganisation obliegt. Der wesentliche Aspekt der staatlichen Tätigkeit ist dabei die Vermittlung zwischen Kultur und Wirtschaft. In diesem Sinne lassen sich auch aktuelle Deutungen des Staates interpretieren. War im 19. Jahrhundert noch von einer homogenen Kultur innerhalb eines Staates ausgegangen worden, hat sich diese Sichtweise im 20. Jahrhundert transformiert. Unter den Bedingungen einer fortschreitenden Globalisierung und der damit verbundenen Migration gilt der kulturell einheitliche Nationalstaat als überholt. Im selben Sinne kann man davon ausgehen, dass heute ein weltweiter Multikulturalismus durchgesetzt ist, in welchem Kulturen nebeneinander bestehen und als homogen aufgefasst werden. Gerade diese Ordnung verschleiert kapitalistische Mechanismen, weil wirtschaftliche Betätigung als Beitrag zur eigenen Partikularkultur aufgefasst wird.

Wurde im 19. Jahrhundert der Beitrag zur wirtschaftlichen Tätigkeit noch streng nationalistisch aufgefasst, ist heute offensichtlich, dass der Nationalstaat als Garant wirtschaftlicher Tätigkeit seine eigenen Voraussetzungen destabilisiert. In diesem Zusammenhang kann von einer Selbstkolonisierung des globalisierten Kapitals gesprochen werden. Im 19. Jahrhundert schuf der Nationalstaat die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Tätigkeit und entwickelte einen imperialistischen Anspruch. Die Verbreitung nationalen Kapitals erfolgte vor allem durch die Kolonisation äußerer Gebiete, in denen wirtschaftliche Tätigkeit dann folglich wieder dem nationalen Interesse zu Gute kam. Spätestens im 20. Jahrhundert hat sich jedoch dieser Anspruch in sein Gegenteil verkehrt. Mit zunehmender Entgrenzung tritt das Kapital heute selbst als Kolonisateur auf, der kein nationales, sondern nur noch das eigene wirtschaftliche Interesse kennt. In dieser Hinsicht sind auch die Ursprungsländer heute nicht mehr als potentielle Kolonien der Bewirtschaftung, die in einem globalen Standortwettbewerb konkurrieren. Im Sinne dieser Analyse stellt sich die Frage, welche Funktion dem Nationalstaat heute noch zugemessen werden kann und welche Rolle er zukünftig spielt.

Der konstruierte Kampf der Kulturen und seine Befriedung

Seinem Anspruch nach stellt der Nationalstaat eine Art dar, wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gesellschaften organisiert werden. Dabei handelt es sich um eine Momentaufnahme, die für uns keinen Anspruch auf Ewigkeit hat. Der Nationalstaat ist für uns nur Ausdruck gegenwärtiger Verhältnisse, über die

wir hinausdenken müssen. Unter dem Eindruck der getätigten Analyse stellen wir fest, dass sich seine Aufgabe verändert hat. Wir haben den Eindruck, dass die vorwiegende Aufgabe des Staates heute in der Befriedung eines konstruierten Kulturkonflikts besteht, zu dessen Regelung vorwiegend zwei Konzepte herangezogen werden.

Auf der einen Seite gibt es die Strategie des Interkulturalismus, welche davon ausgeht, dass es weltweit verschiedene Kulturen gibt, die nebeneinander in Nationalstaaten bestehen. Die Idee besteht darin, einen Diskurs zwischen diesen Kulturen zu ermöglichen, indem ein Verständnis für die jeweils andere Kultur geschaffen wird.

Auf der anderen Seite besteht die Idee des Multikulturalismus. Im Gegensatz zur vorgenannten Programmatik geht dieser Ansatz nicht von weltweit organisierten homogenen Kulturen aus, die nebeneinander bestehen, sondern er ist in seiner Analyse weitgehender, indem er zur Kenntnis nimmt, dass diese Unterstellung eine Fiktion ist. Stattdessen werden kulturell heterogene Gesellschaften innerhalb staatlicher Grenzen postuliert. Der Multikulturalismus macht es sich zur Aufgabe, diese Gesellschaften zu organisieren und stellt damit ein wesentliches Stabilisierungsinstrument der globalen ökonomischen Verhältnisse dar.

Wir Jusos lehnen beide Konzepte entschieden ab. Vor allem der Multikulturalismus ist inhärent rassistisch, weil er in gönnerhafter Manier selektiert, welche als fremd wahrgenommenen Kulturen schützenswert sind. In dieser Form werden auch antihumanistische Praktiken als erhaltenswert behauptet, weil sie eben die Produkte einer „fremden Kultur“ sind, über die man sich kein Urteil erlauben dürfe. So wird denn gleichsam der beinhaltete Eurozentrismus gekonnt verschleiert. Für uns Jusos gilt: der Multikulturalismus ist gescheitert und für uns in keinster Weise wünschenswert. Wir kritisieren nachdrücklich die Logik solcher Konzepte, die statische Kulturen voraussetzt und das Individuum zum Spielball derselben macht. Gerade der deutsche Diskurs zeigt in dieser Hinsicht seine widerliche Fratze, wenn er auf der einen Seite eine multikulturelle Gesellschaft predigt, auf der anderen Seite aber eine deutsche Leitkultur verlangt, die dem Verständnis für Differenz abschwört.

Wir Jusos fordern stattdessen, dass transkulturelle Ansätze Anwendung finden. Differenz ist für uns keine Sache, die man als Gruppenkonstruktion behandeln sollte. Stattdessen steht für uns das Individuum im Mittelpunkt. Wie bereits deutlich wurde, ist es nicht zeitgemäß, heute noch von gegebenen und unveränderlichen Kulturen zu sprechen, die in Nationalstaaten nebeneinander bestehen. Stattdessen ist deutlich, dass sich mit der fortschreitenden weltweiten Vernetzung Kulturbarrieren eher auflösen. Weiterhin ist für uns die Verteidigung der Kultur nicht wünschenswert. Der Transkulturelle Ansatz verändert in dieser Hinsicht die Wahrnehmung entscheidend. In den Blick geraten Individuen, die über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg gleiche Lebensstile pflegen. Dafür spielt es keine Rolle, welche kulturellen Voraussetzungen das Individuum mitbringt. In dieser Hinsicht ist es außerdem sinnvoll, sich von der Verteidigung sogenannter Kulturen zu lösen. Wir Jusos wissen nicht, was die deutsche Kultur sein soll und sprechen uns deshalb dafür aus, universelle Werte in den Blick zu nehmen. Der Schutz der Freiheit des Individuums fernab kultureller Gegebenheiten ist für uns das realpolitische Ziel!

In eine bessere Zukunft!

Schlussendlich stellen wir jedoch fest, dass auch transkulturelle Ansätze den Kulturdiskurs nicht beenden können, sondern nur seine Wahrnehmung anpassen. Es findet zwar eine Veränderung in der Hinsicht statt, dass eine Verteidigung kultureller Eigenheiten nicht weiter als wünschenswert wahrgenommen wird, jedoch verkennen solche Ansätze, die Selbstverteidigungslogik von Nationalstaaten. Transkulturalität ist deshalb für uns nur der erste Schritt, um die Wahrnehmung von Kulturen zu verändern.

F3 | DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE – EIN FAKTOR DES FRIEDENS UND DER STABILITÄT DER INTERNATIONALEN ABRÜSTUNG

Wir Jusos sind nach unserem Selbstverständnis Internationalist_innen und Antimilitarist_innen. Unser Einsatz gilt daher schon seit je her der wirklichen Abrüstung, Nichtverbreitung jeglicher Waffengattungen

und der freundschaftlichen und friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Ethnien bei der Beilegung von Konflikten.

Leider ist das derzeit nicht mehr als ein Ideal, denn die Realität belehrt uns seit Jahren, dass Bestrebungen, Konflikte zwischen Völkern und Volksgruppen friedlich und ohne militärische Gewalt zu lösen, nur an zweiter oder gar dritter Stelle stehen. Die Folgen werden uns täglich vor Augen gehalten, sei es in den medialen Berichterstattungen oder bei Beratungen und Berichten von internationalen Organisationen, die aktiv in den Krisengebieten arbeiten. Umso schlimmer erscheint es, das die Europäische Sozialdemokratie nicht genügend Profil zeigt und sich an die Spitze der allgemeinen Abrüstung stellt.

Der Bankrott der internationalen Gemeinschaft und die Einflüsse der Rüstungskonzerne

Warum die friedliche Regelung und Lösung von Konflikten an zweiter Stelle steht, hat viele Gründe und es gibt kaum einen einzelnen Grund, dem man die alleinige Schuld zuweisen kann. Vielmehr trägt die Kombination der Gründe dazu bei, friedliche Konfliktlösungen den militärischen und gewalttätigen Lösungen hintenanzustellen.

Zum einen sind dies die offenen Verletzungen der Vertragssysteme über Abrüstung und Nichtproliferation, die bei vielen Ländern auf keinen großen Widerstand stoßen und die aggressiven Methoden gegenüber eine „wohlwollende Neutralität“ beobachten lassen. Die Mittel des „moralischen Drucks“ erweisen sich immer wieder als macht- und wirkungslos: weit davon entfernt zur allgemeinen Abrüstung beizutragen, führte sie viel eher zu direkt entgegengesetzten Ergebnissen. Der Austritt Nordkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag 2003, der Nichteintritt Pakistans, Indiens und Israels unterlaufen entsprechende Vertragswerke und lassen an deren Ernsthaftigkeit zweifeln.

Zum anderen sind der schwerfällige Apparat der internationalen Diplomatie, mit allen Konferenzen und Gesprächen - und die Vereinten Nationen selbst mit ihrem komplizierten System von Tagungen und Kommissionen – am allerwenigsten im Stande, erfolgreich auf die Konfliktparteien einzuwirken.

Auch die Abrüstungskonferenzen und -gespräche selbst erscheinen lächerlich, wenn in Anbetracht der Tatsache, dass sich die großen Industrienationen alle mehr oder weniger in aktiven Auslandseinsätzen befinden und darüber klagen, zu schlecht ausgerüstet zu sein, um ihre Mandate korrekt auszuüben und deshalb Ausschreibungen für neue und bessere Waffengattungen und -systeme ausgeben. Auf den Abrüstungskonferenzen und -gesprächen wird dann aber die Begrenzung von Waffensystemen und Streitkräften verlangt und die Aufrüstung mit neuen und verbesserten Waffensystemen soll auch einer Reglementierung unterliegen. Der Kontrolle der Beschlüsse wird gar nicht bis kaum nachgekommen. Und wenn doch, dann sind diese Kontrollgremien ohne jede Befugnis Sanktionen zu Erlassen. Auch dieses doppelte Spiel der Industrie- und Schwellenländer (die Mitgliedsstaaten der EU betreiben ebenfalls die Abrüstung in Worten und die Aufrüstung in Taten) trägt viel dazu bei, dass von einer Abrüstung nicht gesprochen werden kann. Und es ist auch augenscheinlich nicht der richtige Weg, dass einzelne Länder Vermittlung anbieten, im gleichen Atemzug um Mandate bei den Vereinten Nationen bitten und noch im selben Moment ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzen, wobei die ersten Aufklärungsdrohnen bereits die Konfliktregion überflogen haben.

Unverkennbar bleibt auch der Einfluss der Rüstungskonzerne. Das international verflochtene Kapital macht mit Rüstungen und bewaffneten Konflikten ausgezeichnete Geschäfte und riesige Profite. Zwar gibt es derzeit nur einen europäischen Konzern, der ausschließlich militärische Güter herstellt, trotzdem ist bei vielen Luft- und Raumfahrtkonzernen, Werften und Stahlwerken das militärische Standbein wichtig, teilweise sogar der größte Einnahmefaktor. Die Ausfuhr an Flugzeugen, Panzern, U-Booten und Kleinwaffen aus Europa beträgt jährlich mehrere Milliarden Euro. Bewaffnete nationale, wie internationale Konflikte haben den Rüstungskonzernen nicht nur die angesprochenen Riesenprofite, sondern auch glänzende Aussichten auf neue Raubzüge (derzeit entbrennt der Kampf um Libyens Öreserven.¹² Aber auch der amtierende Bundesminister der Verteidigung hat mit der Herausgabe der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien eine ähnliche Anforderung an die Bundeswehr gestellt: „Freie

¹² Quelle: http://www.rp-online.de/politik/ausland/Rennen-um-das-libysche-Oel_aid_1021032.html , Stand: 03.09.11

Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt.

Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.¹³, auf neue Milliardenaufträge und auf neue Anleihen zu erhöhtem Zinsfuß gebracht. Entsprechend viele Arbeitsplätze hängen an der Produktion von Kriegsmaterial und die Abgaben und Steuern, die diese Unternehmen zahlen sind wiederum eine Einnahmequelle für die EU und ihre Mitgliedsstaaten. Vergleichbar argumentieren die Manager_innen der Konzerne und versuchen den Einfluss zu erhalten, den sie auf die Regierung und die Politik haben. Wahlkampfspenden und Unterstützung der Regierungs- oder Oppositionspolitik sind hierbei nur die offiziellen Mittel um Einfluss auszuüben. Dass aber hinter den Aufträgen Menschen stehen, die ihr Leben durch die Produkte und Waffen der Rüstungskonzerne lassen, das wird als notwendiges Übel geduldet.

Das Juso-Verständnis des Begriffes Abrüstung

Abrüstung ist ein Begriff der verschiedene Definitionen mit sich bringt. Schon allein das Internet-Lexikon Wikipedia zählt zwei verschiedene Definitionen auf: eine ideelle und eine reale. Laut ihrer ideellen Definition sei Abrüstung „die einseitige (unilateral) oder – durch zwei (bilateral) oder mehrere Staaten (multilateral) – vereinbarte Reduzierung militärischer Potenziale (Soldaten, Waffensysteme). Ideales Fernziel wäre die völlige Abschaffung der militärischen Ressourcen, um damit die zwischenstaatliche Gewaltanwendung einzudämmen oder ganz auszuschließen.“

Aber gleich der erste Titel des Artikels lautet „Abrüstung in der Realität“. Hier ginge es der Abrüstung „weniger darum, bestehende Kapazitäten abzubauen, sondern eher um Rüstungskontrolle oder Rüstungsbeschränkung.“¹⁴

Ebenfalls die schon weiter oben angesprochene Definition der Abrüstung unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung und der erhöhten Effizienz der Waffensysteme und Armeen, ist keine wirkliche Abrüstung. Zwar gibt es eine quantitative Reduzierung der Streitkräfte, die Qualität der Waffen (und damit auch des Tötens) bleibt oder wird verbessert.

Deshalb kann eine Definition des Begriffes Abrüstung in unserem Verständnis nur lauten: Abrüstung ist der aktive Prozess aller Staaten und Ethnien der Welt, bei dem die Gesamtheit der militärischen Kräfte quantitativ und qualitativ herabgesetzt wird und die Forschung auf militärischem Gebiet eingestellt wird. Ziel ist die Klein- und Massenvernichtungswaffenfreie Welt.

Auch in der Geschichte der internationalen Beziehungen zeigt sich, dass Abrüstung nicht wirklich eine Alternative gewesen war. Abrüstungskonferenzen stellten eine Plattform für alles Mögliche, aber nie für quantitative bzw. qualitative Abrüstung dar. „Rüstungsgleichberechtigung“, „Rüstungskontrolle“ oder eine internationale Aufsicht der Streitkräfte und Aufrüstung waren hier Gegenstände solcher Gespräche. Trotzdem gibt es derzeit bestehende Verträge, die, wenn deren Bestimmungen umgesetzt und kontrolliert werden, einen großen Schritt in der internationalen Abrüstung darstellen würden. Zu diesen Verträgen zählen der Atomwaffensperrvertrag (1968), die Biowaffenkonvention (1971), die Chemiewaffenkonvention (1993/1997) und der KSE-Vertrag (1992/1999). Diese Verträge sind völkerrechtlich in Kraft getreten und gelten für alle Signatarstaaten (Unterzeichner). Zu jedem der Verträge gibt es auch eine Kontrollkommission, die die Einhaltung der Verträge überwacht und Verstöße feststellt. Sanktionsinstrumente sind in keinem der Verträge geregelt. Lediglich die Chemiewaffenkonvention regelt die Anrufung der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrates, der Verstöße ahnden kann, aber nicht muss.

¹³ Quelle: Verteidigungspolitische Richtlinien 2011: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten; Seite 4/5

¹⁴ Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Abr%C3%BCstung>, Stand: 02.09.11

Die Maßnahmen und Ziele der Europäischen Sozialdemokratie bei der Abrüstung

Hier gilt ganz klar für die Europäische Sozialdemokratie, dass sie Stellung zu diesen Themen beziehen muss. Sie darf sich nicht auf der Erklärung ausruhen, neue Konferenzen einzuberufen und neue Verträge abzuschließen, sondern sie muss eindeutig für die Einhaltung und Überwachung der international gültigen Verträge eintreten und auch für die möglichen Erweiterungen arbeiten, wie die Aufnahme von Sanktionsinstrumenten. Dazu muss sie nicht nur im Europäischen Parlament oder in den einzelnen Nationalparlamenten werben, sondern auch in der Öffentlichkeit und in den modernen Medien. Ihr besonderer Einsatz muss einem internationalen Waffenembargo gelten, das nicht etwa ABC-Waffen, sondern Kleinwaffen reglementiert.

Desweiteren erarbeitet die Europäische Sozialdemokratie folgende Maßnahmen und Ziele:

Der Einsatz zur Begrenzung von Kleinwaffen:

Da es zurzeit noch keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag über den Verbot von Kleinwaffen (Pistolen, Gewehre, automatisierte Waffen, etc.) gibt, muss sich die Europäische Sozialdemokratie dafür einsetzen, einen ebensolchen Vertrag auszuarbeiten und der Vollversammlung der UNO, sowie dem ständigen Sicherheitsrat der UNO vorzulegen, damit keine Kleinwaffen, die besonders in Europa produziert werden, nach anderen Ländern exportiert werden. Weitere wichtige Inhaltspunkte eines solchen Vertrages sind die Überwachung von Exporten und Waffenkäufen der Nation und die Regelung der Anzahl von Waffen.

Die sofortige Vernichtung von nuklearer Waffentechnik und deren Trägersystemen:

Die Europäische Sozialdemokratie setzt sich in erster Instanz für die Vernichtung aller in Europa befindlichen Atomwaffen und deren Trägersysteme ein. Gleichzeitig wird ein sofortiges Verbot für alle Atomwaffentests in der EU gegeben (derzeit sind keine Atomwaffentests angemeldet, jedoch sollen in Zukunft solche Tests verhindert werden. Zu Europa zählen auch die Gebiete, die dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates unterstehen, die geographisch nicht in Europa liegen). Die sofortige Vernichtung von Atomwaffen beinhaltet sowohl strategische Raketensysteme, sowie kleinerer taktische Atomwaffen. Ebenfalls sind deren Trägersysteme entweder sofort zu zerstören, demilitarisieren oder abzuwracken; dazu zählen mittlere bis schwere Bomber, Interkontinentalraketen und verbliebene Mittelstreckenraketen, dazugehörige Startrampen und U-Boote resp. U-Kreuzer mit den möglichen Abschussvorrichtungen.

Die sofortige Vernichtung aller biologischen, chemischen und biochemischen Waffen:

Neben der sofortigen Vernichtung der Atomwaffen, muss die große Anzahl der biologischen und chemischen Waffen an gleicher Stelle stehen. Die schon nach der Haager Landkriegsordnung verbotenen Waffen können ebenfalls als heimtückische Waffen bezeichnet werden, die nicht nur für reguläre Kampfverbände, sondern auch für Zivilist_innen gefährlich werden. Die dazugehörige Forschung muss stark eingeschränkt werden. Zwar dienen Tests in dieser Forschung mit den entsprechenden Substanzen auch dazu, Gegenmaßnahmen zu entwickeln, wie Impfstoffe und Antibiotika, es stellt sich aber die Frage, warum diese Gegenmittel erfunden werden müssen. Die durch Einschränkung freiwerdenden Mittel können so der Öffentlichkeit zur Forschung gegen natürlich auftretende Krankheiten zugeführt werden.

Das sofortige Verbot des Baus von tückischen Waffen:

Hiermit soll verhindert werden, dass Sprengfallen, Personenminen, Streu- und Punkt-Ziel-Munition in Konfliktregionen geliefert wird. Die geringen Kosten für den Bau dieser Munitionen (5 bis 30 Euro) steht in keiner Relation zu den späteren Kosten für die Räumung und Vernichtung dieser Waffen (200 bis 800 Euro), geschweige denn, zu den Menschenleben, die verlorengehen durch Blindgänger oder durch die Räumung, von denen in armen Ländern besonders Kinder betroffen sind, die die Zünder dieser Waffen ausbauen sollen und dabei ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren. Erschwerend kommt hinzu, dass in vorwiegend agrarisch geprägten Ländern Anbaugelände vermint sind. Die Nutzbarkeit solcher Flächen ist stark eingeschränkt. Die Europäische Sozialdemokratie verfolgt deshalb auch die Einrichtung einer Sonderabgabe der Rüstungskonzerne, deren Summen dann zur Räumung dieser Waffen genutzt wird und Hinterbliebenen bzw. Verletzten eine Rehabilitation ermöglichen soll.

Das allgemeine Verbot über Ausfuhr von militärischen Gütern aus der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten:

Die Europäische Sozialdemokratie arbeitet auf Europaebene ein Gesetz aus, welches regelt, dass in kein Land, das sich im Krieg oder bewaffneten Konflikt befindet, Waffen, Munition oder andere militärische Ausrüstung jeglicher Art geliefert wird. Ebenso dürfen keine Waffen in neutrale Staaten ausgeliefert werden, da nicht sichergestellt werden kann, dass diese nicht in die kriegführenden bzw. Konfliktländer weitergeleitet werden. Zudem erhält der Präsident der Europäischen Kommission nach Rücksprache mit dem Europarat, das Recht zu entscheiden, welches Land sich in einem Kriegszustand oder bewaffneten Konflikt befindet, auch wenn dieses Land keine Kriegserklärung oder ähnliches abgegeben hat. Sollte der Konflikt an den Grenzen der Europäischen Union oder in unmittelbarer Nachbarschaft stattfinden, so dürfen in keinem Falle militärische Güter aus der EU transportiert werden.

Die Europäische Kontrollkommission zur Überwachung von Rüstung und Ausfuhr militärischer Güter:

Dazu setzt sich die Europäische Sozialdemokratie für ein EU-weites Kontrollgremium ein, das den Bau und die Ausfuhr von Kleinwaffen überwacht. Dem Kontrollgremium, das mit Beobachtern und Sachverständigen der OSZE und UNO, sowie der EU besetzt ist, werden geeignete Sanktionsinstrumente zugestanden (Zahlung von Strafgeldern, wirtschaftliche Sanktionen, etc.). Der Kontrollkommission untersteht ein für alle EU-Mitgliedsstaaten bindendes europaweites einheitlich normiertes Waffenregister. Hier müssen alle Rüstungskonzerne und Staaten, sowie private Sicherheitsfirmen ihre Waffen unter Angabe des Lagerortes registrieren lassen. Das europaweite Waffenregister enthält außerdem Daten über den Export von in Europa produzierten Waffen, wobei jede Waffenlieferung, egal ob innerhalb der EU oder außerhalb, vorher angemeldet werden muss, die dann auch vor Ort überprüft wird. Die der Kommission unterstehenden Inspektoren müssen jederzeit uneingeschränkter Zutritt zu den Lagerorten der Waffen erhalten und dürfen auch angezeigte und nicht angezeigte Waffenexporte kurzfristig stoppen und eventuelle Überprüfungen und Untersuchungen einleiten.

Die Begrenzung von Raketen und Raketensystemen in der EU:

Innerhalb der Europäischen Union lagern unzählige Raketen und Raketensysteme, teilweise auch veraltete, aber noch nicht demilitarisierte. Die Europäische Sozialdemokratie setzt sich deshalb für die Beschränkung des Besitzes von Raketen und Raketensystemen ein. Dabei ist es gleich, ob auf dem Gebiet der EU nur EU-Staaten Raketensysteme betreiben oder auch die mit der EU freundschaftlich verbundenen Staaten außerhalb der EU, die Systeme unterliegen dabei denselben strengen Reglementierungen. Es soll ein EU-weiter Standard festgesetzt werden, an dem die Mitgliedsstaaten gebunden werden sollen. Ein jeder Staat darf nur eine bestimmte Anzahl an Raketensystemen betreiben, die nach einer festgelegten Anzahl von Jahren verschrottet werden müssen. Die Demilitarisierung erfolgt unter Aufsicht der Europäischen Kontrollkommission zur Überwachung von Rüstung und Ausfuhr militärischer Güter.

Abrüstung ohne Geheimhaltung:

Die Europäische Sozialdemokratie öffnet den Abrüstungsprozess in der EU für die ganze Welt. Internationale und unparteiische Sonderinspektoren der OSZE, UNO und den Vertragsregimen sollen das Recht erhalten, zu jeder Zeit ausnahmslos alle Vorgänge der Demilitarisierung, Verschrottung und Abrüstung zu beobachten und Berichte darüber zu verfassen. Darüber hinaus wird ihnen die Möglichkeit eingeräumt alle atomaren Anlagen (Atomkraftwerke, Versuchseinrichtungen, Atomwaffen, etc.) zu inspizieren.

F4 | FÜR EINE KONSENSUALE LÖSUNG - GEGEN DIE EINSEITIGE AUSRUFUNG EINES PALÄSTINENSISCHEN STAATES

Die Jusos Thüringen sprechen sich gegen die einseitige Ausrufung eines Staates Palästina aus und fordern die Bundesregierung auf, ein solches Streben von Seiten der palästinensischen Autonomiebehörde abzulehnen.

Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas strebt für den September 2011 eine Anerkennung Palästinas als Staat durch die UN-Generalversammlung an. Die Jusos Thüringen verurteilen diese Bemühungen, weil die einseitige Ausrufung eines palästinensischen Staates Voraussetzungen schafft, die dem Streben nach einer Lösung des Nahostkonflikts nicht förderlich sind.

F5 | INTERNATIONALE SOLIDARITÄT LEBEN – EINEN BEITRAG ZUM ITALIENISCHEN FRÜHLING LEISTEN

Nachdem Silvio Berlusconi in einem abgehörten Telefonat geäußert hat, Italien sei ein „Scheißland“, aus dem er sich in ein paar Monaten absetzen wolle, möchten die Jusos Thüringen ihm diesen Wunsch erfüllen und den in Italien lebenden Menschen die Möglichkeit zu einem politischen Neuanfang geben.

Wir sprechen uns dafür aus, Berlusconi eine neue Bleibe auf Baltrum, der kleinsten ostfriesischen Insel, auf der auch die wenigsten Menschen leben, zu verschaffen. Sein Vermögen, welches er sich auf fragwürdige Weise angeeignet hat, soll in Anlehnung an Verfahrensweisen in revolutionären Ländern der arabischen Welt der Allgemeinheit zugutekommen und in öffentliche Hand gegeben werden. Seine Mediengruppe Mediaset soll eine Ergänzung zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen darstellen und sowohl politische Bildungsprogramme als auch kulturelle Sendungen beinhalten. Was sein Kapitalvermögen angeht, sprechen sich die Jusos dafür aus, ihm einen existenzsichernden Betrag zu überlassen und den Rest in eine öffentlich verwaltete Stiftung zu geben, die sich für die Förderung des Demokratiebewusstseins, die Gewährleistung der Pressefreiheit und für Initiativen gegen Chauvinismus und Sexismus einsetzt.

GLEICHSTELLUNG

G2 | „PAPA-PASS“ FÜR WERDENDE VÄTER

Noch immer ist das Modell des männlichen Alleinernährers weit verbreitet. Nach diesem ist der Mann erwerbstätig und die Frau für Familien- und Hausarbeit zuständig. Aber selbst wenn Frauen auch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wird die Familienarbeit meist nicht unter beiden Partner_innen aufgeteilt (schon gar nicht egalitär), sondern führt zu einer Doppelbelastung der Frauen.

Dass viel zu oft auch heute noch die Aussage „Hausarbeit ist Frauensache“ zu hören ist, ist an sich schon ein Missstand, den es strengstens zu kritisieren gilt. Dass aber selbst bei der Betreuung und Erziehung der Kinder viele Väter sich ihrer Verantwortung entziehen, ist nicht länger hinnehmbar.

Die Einführung des Elterngeldes hat nicht viel verbessert. Zwar nehmen inzwischen fast $\frac{1}{4}$ der Väter das Elterngeld in Anspruch, allerdings im Schnitt nur für 3,4 von insgesamt 14 Monaten. Die meiste Zeit bleiben also die Mütter mit den Kindern zu Hause. Gründe dafür sind zum einen, dass in den meisten Fällen immer noch Männer das höhere Gehalt bekommen und viele Eltern den finanziellen Nachteil so gering wie möglich halten wollen, zum anderen die immer noch vorherrschenden tradierten Rollenbilder.

Wir wollen nicht mehr ewig warten, bis sich die Gesellschaft von diesen löst.

Väter müssen endlich mehr Verantwortung für ihre Kinder und den gemeinsamen Haushalt übernehmen.

Von Frauen darf nicht verlangt werden, dass sie nur Mutter, oder aber Mutter, Hausfrau und Erwerbstätige gleichzeitig sind, wobei sie die beiden ersten Aufgaben meist alleine zu bewältigen haben. Sie müssen auch die Möglichkeit haben Individuen mit eigenen Bedürfnissen und Wünschen zu sein und diese ausleben können. Hier sind die Väter in der Pflicht ihnen einen Teil der Verantwortung abzunehmen.

ORGANISATORISCHES

H1 | BEKENNTNIS ZUM HERRSCHAFTSFREIEN MITEINANDER

Die Jusos Thüringen bekennen sich zu einer innerverbandlichen Selbstkritik und zur praktischen Umsetzung solidarischer, feministischer und antifaschistischer Ideen in den eigenen Reihen. Dazu gehört für uns der offene, respektvolle Umgang mit unseren Genoss_innen, die gezielte Förderung und Honorierung von Engagement losgelöst von persönlichen Befindlichkeiten und das Bewusstsein gemeinsam für eine bessere Welt zu streiten. Insbesondere bekennen wir uns dazu, dass eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur dann erstreitbar ist, wenn wir Jusos untereinander einen herrschaftsfreien Umgang pflegen.

Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die Aushebelung von transparenten Entscheidungsprozessen. Verbandskritik muss primär von der Basis und von den Betroffenen ausgehen. Für ihre Artikulation sind entsprechende Plattformen zu finden, die es erlauben offen Missstände anzusprechen, ohne Gefahr zu laufen politische Interessenkonflikte und persönliche Differenzen zu vermischen. Dafür schafft der Juso-Landesvorstand im Rahmen jeder Veranstaltung auf Landesebene für eine offene selbstkritische Auseinandersetzung mit dem persönlichen Umgang, die es rechtzeitig erlaubt persönliche Differenzen zu klären und politische Diskussionen auf einer inhaltlichen Ebene zu halten. Durch die Regelmäßigkeit des „unpolitischen“ Raums ist gewährleistet, dass Aussprachen nicht unter dem Generalverdacht stehen, Zeichen innerpersönlicher Konflikte zu sein.

Wir begreifen diese Resolution als ersten Schritt in Richtung eines herrschaftsfreien Miteinanders. Die konkreten Formen, wie der „unpolitische“ Raum stattfinden und wie Diskriminierung identifiziert und abgebaut werden kann, muss sich durch Ausprobieren zeigen. Möglichkeiten zur Verbesserung der Verbandskultur sehen wir unter anderem in einer Erweiterung der Feedbackkultur, der Einführung von Frauenplenen, Evaluationen etc.

H2 | EINFÜHRUNG EINES FRAUENPLENUMS

Zur Verbesserung der Partizipation von Frauen und zur kritischen Reflexion der eigenen Diskussionskultur führen die Jusos Thüringen ein Frauenplenum ein. Jede weibliche Delegierte kann durch einen GO-Antrag die sofortige Abhaltung eines Frauenplenums beantragen. Dieser Antrag ist durch eine Mehrheit der anwesenden, weiblichen Delegierten zu beschließen und bedarf keiner öffentlichen Begründung. Gleichzeitig zum Frauenplenum findet ein Männerplenum statt, das sich kritisch mit dem eigenen Verhalten gegenüber Frauen auseinandersetzt. Im Anschluss des Frauenplenums sollte die Landeskongress jedoch über den Auslöser und die Ergebnisse des Frauenplenums zu informieren.

H5 | LEKTUCHANTRAG – FÜR SICHEREN VERKEHR

In Zeiten, in denen die Gefahren von Infektionskrankheiten beim Geschlechtsverkehr so hoch sind, wie heute, sollten wir uns vor Ansteckungen in jeder Art schützen. Aus diesem Grund fordern die Jusos Thüringen, dass neben Kondomen auch Lecktücher gratis zur Verfügung gestellt werden, auch bei SPD-Veranstaltungen.

Lecktücher sind dünne Latextücher, die bei Oralverkehr verwendet werden, um so eine Infektion mit Herpes, Hepatitis oder zum Beispiel dem HI-Virus zu verhindern.

I1 | EUER BEITRAG IST NICHT UNSERE IDEE

Im Zuge der aktuellen Parteireform soll für die neu zu schaffende „Unterstützermemberschaft“ der Arbeitsgemeinschaften der SPD ein Mitgliedsbeitrag i.H.v. bis zu 15 Euro erhoben werden. Diese soll das Modell der Jusos zum „Nichtmitglied mit Teilrechten“ auf die anderen zielgruppenorientierten und thematischen Gruppierungen innerhalb der Partei ausweiten. Die Jusos Thüringen sprechen sich vehement gegen die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen für „Nur-Jusos“ aus.

Beiträge stellen eine nicht unerhebliche Hürde für den Beitritt und die Mitarbeit bei uns dar, Häufig ist die Beitragsfreiheit bei gleichzeitiger Teilhabe an politischer und insbesondere demokratischer Diskussion und Veranstaltungen das ausschlaggebende Argument, sich bei den Jusos zu engagieren. Hier müssen wir den eigenen Beschlusslagen von Jusos und der Mutterpartei SPD in Sachen Mitbestimmung und Teilhabe gerecht werden. Im Gegenteil: Die Erhebung von Beiträgen konterkariert das selbst gesteckte Ziel der Öffnung der Partei.

SATZUNGSÄNDERUNGEN

S1 | ÄNDERUNG § 1 RICHTLINIE (NAME UND SITZ)

§ 1 Abs. 1 S. 1 der Richtlinie der Jusos Thüringen wird geändert in:

Der Landesverband führt den Namen Jungsozialist_innen in der SPD Thüringen (Jusos Thüringen).

S2 | ÄNDERUNG § 6 RICHTLINIE (LANDESAUSSCHUSS)

§ 6 Abs. 5 der Richtlinie der Jusos Thüringen wird geändert in:

Auf Antrag von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Landesausschusses aus mindestens 3 Kreisverbänden oder auf Antrag des Landesvorstandes ist der Landesausschuss mit einer Frist von sieben Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

§ 6 Abs. 6 der Richtlinie der Jusos Thüringen wird geändert in:

Der Landesausschuss wählt sich eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n für die Dauer von höchstens zwei Jahren. Dem/Der Vorsitzenden obliegt die Einberufung des Landesausschusses und dessen Koordinierung.

S3 | ÄNDERUNG § 10 RICHTLINIE (WAHLEN)

§ 10 Abs. 1 der Richtlinie der Jusos Thüringen wird geändert in:

Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der Wahlordnung der SPD. Bei allen Wahlen ist im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit notwendig.